

DIE GRUNDFRAGEN DER POLITISCHEN GESCHICHTE AM ANFANG DES JAHRHUNDERTS

(Autoreferat der akademischen Dissertation des Verfassers)

Zweiter Teil*

ISTVÁN DOLMÁNYOS

Anfänge der wiederholten organisatorischen Zergliederung der Unabhängigkeitspartei. Hindernisse einer Entfaltung der neuen Politik (Dezember 1907 – Dezember 1908)

Vom Anfang des Jahres 1907 an begann die Erfolgsserie der Regierungsparteien „auf der Strasse“ eine rasche Wendung zu nehmen. Ende des Jahres erschien im Verhalten der kräftigeren Opposition innerhalb der Unabhängigkeitspartei als neues Element ein gelegentlicher Angriff auch gegen die Person Ferenc Kossuths. (Historisch betrachtet kam derartiges allerdings auch schon früher vor.) Die innerhalb der Koalition ausgetragenen heftigen Debatten knüpften sich anfangs 1908 an die seitens der Regierung betriebene Hausordnungsrevision. Die Gruppe der Altliberalen unterstützte der Revisionsplan Andrássys (der an den von István Tisza erinnerte), indem sie erkannte hatte, dass der Gesinnungswechsel der Koalition ein wichtiges Vorbereitungsmoment für die Wiederbelebung der altliberalen Kräfte sein könnte. Es ist zum Grossteil der Gefahr einer Revision der Hausordnung zu verdanken, dass im März 1908 die Linkspartei zustandekam, womit die unabhängige Opposition seit Bestehen der Koalitionsregierung zum ersten Mal den Versuch einer organisatorischen Absonderung und eines Zusammenfassens unternahm.

Die Beziehungen der neuen politischen Organisation zu den Massen waren noch nicht ausgebaut. Sie beruhten mehr auf der im Lande herrschenden Stimmungswelle als auf einer systematischen Parteitätigkeit. Ihre Politiker schlossen sich mit einem ungeklärten Programm zusammen und standen mit der Mutterpartei, der Regierung nach wie vor in Verbindung. Die soziale Sensibilität des Programms der Gruppe György Nagy – Antal Kalmár kräftigte sich im Jahre 1908 einigermaßen. Ihre Stellungen waren in diesem Jahr infolge der Ausgleichsdebatte durch eine vorübergehende Entspannung der Nationalitätenpolitik gekennzeichnet. Von den radikalen Kräften der Demokraite nahmen sie jedoch systematisch Abstand, und wandten sich sogar gegen diese.

* Der erste Teil erschien in Annales XVII. (1976)

Eine Ausnahme bedeutete Lajos Csávolcszky: er trat in eine verhältnismässig enge Verbindung zu den Sozialdemokraten, was indirekt auch auf Mocsáry nicht ohne Wirkung blieb. Csávolcszky entwickelte eine Meinung, die in gesellschaftlicher Hinsicht fortschrittlicher war als jede andere, innerhalb der Auchtundvierziger-Bewegung (Mocsáry übertraf ihn lediglich in der Beurteilung der Rolle der Dynastie). Csávolcszky brachte den früheren Vorsprung von Gyula Justh ein und überholte ihn sogar, und begann die Politik Mihály Károlyis zu verkünden – vor Károlyi. Sein früher Tod warf die Entfaltung dieser Geistesrichtung zurück.

Die sozialistische Presse befasste sich 1908 vorerst ohne besondere Sensibilität, später in immer anerkennender Weise mit der Linkspartei und unterstützte deren Demokratisierung. In der Krise der Unabhängigkeitspartei waren das organisatorische und ideelle Rekonstruktionselement, die Absicht dem alten Programm und den einstigen Parteiverhältnissen zur Geltung zu verhelfen im Jahre 1908 auch so im grösseren Umfang zugegen, als das Neuerungsmoment. Die Entfaltung von Fusionsbestrebungen zwischen den Siebenundsechziger-Parteien und der Unabhängigkeitspartei schien diesen unangemessenen Blick in die Vergangenheit zu bestätigen. Holló und Justh traten für die Fusion ein, letzterer forderte jedoch kampf lustig eine Regelung der Bankenfrage.

Justh konnte sich 1908 noch nicht zu einem Bruch mit der Regierung entschliessen. Jusths grosse Irrtümer sind ein Beweis dessen, dass in der Krise der Unabhängigkeitspartei nicht bloss die zu einem Kompromiss geneigte Gruppe mit jener, die eine konsequente Richtung verfolgte, aufeinanderstiess. Der Oppositionsgeist Jusths schritt Ende 1908 nur auf einem einzigen Gebiet schwungvoll vorwärts: in der Bankenfrage. Es ist grösstenteils seiner eigenartigen Regierungstreue zu verdanken, dass es Wekerle, Andrassy und Ferenc Kossuth gelang die Partei- und Regierungskrise hinauszuschieben. Der Kristallisationsfaktor der Parlamentsopposition war zu jener Zeit nicht die Gruppe Jusths, sondern die Linkspartei. Den Gedanken eines Bündnisses mit der Opposition warf seitens der Sozialdemokratischen Partei als erster im Dezember 1908 Weltner auf. Die Aufnahme der Beziehung zu Károly Eötvös zeugt dafür, dass die Sozialisten zuerst nicht in Richtung Jusths und seiner Gruppe, sondern in die der Linkspartei einen Durchbruchversuch unternommen haben. Das Bündnis konnte auch 1909 nicht zur Reife gelangen.

Die in ganzen Lande herrschende Unzufriedenheit machte sich auch die Radikale Partei Kristóffys zunutze. In ihrer Propaganda geriet das Angesicht der Gruppe Fejérváry stufenweise in den Vordergrund. Im Gegensatz zur Justhschen Richtung und zur Linkspartei vom Jahre 1908 haderte die Radikale Partei Kristóffys regelmässig mit dem pluralen Wahlrechtsentwurf Andrassys. Die Altliberalen unterstützten die politische Massenaktion Kristóffys und mehrere von ihnen „lancierten“ auch das allgemeine Wahlrecht. Somit konnte sich die Opposition der Unabhängigkeitspartei in den folgenden Jahren nicht nur einigermaßen demokratisieren, sondern infolge des mehrseitigen politischen Wettbewerbs war sie hierzu auch ge-

zwungen. Die „Epoche der Arbeit“, die Renaissance des „Liberalismus“ verkündete als erste die Radikale Partei Kristóffys.

Die Auflösung des Sabors, Die Anfänge der Banschaft Rauchs und die Wahlen in Kroatien vom Jahre 1908

Nach Verabschiedung der Eisenbahnpragmatik wurde die kroatische Politik der gemeinsamen Behörden und der ungarischen Regierungskreise strenger. Die Presse der ungarischen Koalition berichtete schon im Sommer 1907 triumphierend über die Verabschiedung des „kroatischen Paragraphen“ und forderte eine weitere Kraftanwendung. Die Angriffspolitik wurde vom Herrscher gelenkt. Die kroatische Obstruktion flammte im Herbst wieder auf. Die Koalition, die von ihrem Triumphempfinden viel eingebüsst hat, erschrak nun. Die zweite Etappe des „Niedersprechens“ hatte ihre Tragkraft, doch ihre Rolle in der ungarischen Gesamtpolitik Ende 1907 wurde von der ungarischen und kroatischen bürgerlichen Geschichtsschreibung überschätzt. Ein Grossteil der Opposition innerhalb der Unabhängigkeitspartei fiel mit besonderer Erregung über die Gegner Rakoczys her. Selbst György Nagy bezeichnete Supilo als internationalen Abenteurer und im wesentlichen als einen Agenten Österreichs. Andrassy versuchte Justh zu überreden sich an die Spitze der kroatenfeindlichen Kampagne zu stellen, was jedoch von keinem entsprechenden Erfolg gekrönt war. Die regierungsfeindlichen Dezemberdemonstrationen der kroatischen Sozialisten (der kroatische 10. Oktober), die im Bündnis mit der kroatischen Koalition vor sich gingen, überzeugten die ungarische Sozialdemokratische Partei endgültig davon, dass sie der Regierung gegenüber die kroatische Koalition zu unterstützen habe. Damit kehrte die Partei zu ihrer Wertung vom Jahre 1905 zurück.

Die im Dezember 1907 erfolgte Auflösung des Sabors und die Neuwahlen in Kroatien verliefen im Zeichen einer teilweisen Wiederherstellung des unionistischen Systems. Der von seiten der Altliberalen ermutigte Tomašić nahm jedoch den Pakt von der ungarischen Koalition nicht mehr an. Wekerle sah sich daher gezwungen den die zweite Garnitur der kroatischen Nationalpartei repräsentierenden Rauch in den Stuhl des Banus zu setzen. Der neue Banus versuchte sein Glück mit wirtschaftlichen Zugeständnissen und nahm eine Reform des kroatischen Wahlrechtssystems in sein Program auf. Die absolute Mehrheit, die sich die kroatische Koalition gelegentlich der kroatischen Wahlen im Februar 1908 zum ersten Mal zu sichern vermochte, stellte nur noch einen schönen Abschluss ihrer Glanzzeit dar. Von 1908 an ging der Stern der kroatischen Koalition allmählich nieder: aus den einstigen radikalen kroatischen Demokraten wurde langsam ein Mamelukenheer der ungarischen Regierungen. Ein Grossteil der Fiumaner „Löwen“ wurde den „Kälbern“ Franks ähnlich. Doch gegenüber der Koalition, die ihre Reihen für kurze Zeit noch eng zusammenschloss, vermochte Rauch nur mit einer verhältnismässig elastischen Politik zu regieren. Die ungarische Koalition beugte sich dem Andenken Khuens und liess durch Rauch – vorsichtig – Khuen nachahmen. Hinter Rauch stand übrigens Franz Joseph. Er war systematisch gewaltsam, grösstenteils antiparlamentarisch

aber anhand einer übertriebenen historischen Parallele wurde er sofort zum Absolutisten erklärt. Es ist gleichgültig, ob wir einen Vergleich mit dem Neoabsolutismus oder mit der Cuvajsehen Diktatur vor dem Ersten Weltkrieg anstellen, offensichtlich ist, dass die Banschafft Rauchs nur ein Übergang zur extremen Regierungsform war. Die ungarische Koalition, die ihre Politik anfangs auf eine Liquidierung des kroatischen „Absolutismus“ aufgebaut hatte, war auch durch diesen Übergang arg kompromittiert. Die Banschafft Rauchs liess die Flamme der Krise Kroatiens höher aufschlagen, doch war sie imstande ihren Wärmegrad auf einem relativ gleichmässigen Niveau zu halten. Die serbischen Gegensätze der Weltpolitik hoben die Kroatienpolitik der ungarischen Koalition über eine einfache Wiederholung der Khuen-Ära hinaus und verliehen ihr eine neue (z. B. serbenfeindliche) Färbung. Die Ungelüstheit der kroatischen Krise liess in Ferenc Kossuth den Plan reifen zu beantragen, dass Kroatien, entgegen einer Überlassung von Bosnien-Herzegowina und der von Serben bewohnten Gebiete des dreieinigten Königreichs, an Österreich übergeben werde. Mit dem Wunsch einer Annexion von Bosnien-Herzegowina suchte die Regierung zugleich ein Heilmittel für den Fehlschlag Rauchs.

Die sozialistische Bewegung und die Regierung in der ersten Hälfte 1908

Von den Jahren 1908 – 1909 kann man auch hinsichtlich des Agrarproletariats nicht als „Jahre des Schweigens“ sprechen, noch weniger hinsichtlich der Bewegungen der Industriearbeiterschaft. Der Zustand der Arbeiterbewegung war vor allem durch ein höheres Selbstbewusstsein gekennzeichnet. In der ersten Hälfte 1908 wurde die Bildung neuer lokaler Arbeiterorganisationen vielerorts fortgesetzt. Die 251 Streiks und 19.414 Streikenden sind an sich schon beachtenswerte Angaben. Im Goldbergerischen Betrieb brach nach langer Zeit erstmals im Jahre 1908 ein Streik aus. Aber dieses Jahr machte in der Arbeiterbewegung die rückfallende Tendenz vorherrschend. Den Rückfall verursachte in hohem Masse die Strafkampagne der Koalition, und war in erster Linie doch durch die Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur begründet. In der organisatorischen Entwicklung der Industriebewegung kann erstmals im Jahre 1908 auf statistischer Grundlage eine Schwächungstendenz verzeichnet werden (zu Beginn des Jahrhunderts war eine Verminderung der Mitgliederzahl der Arbeiterbewegungen unbekannt). Vor dem Weltkrieg stockte der organisatorische Fortschritt der Arbeiterbewegung im Jahre 1908 am ärgsten; im ersten Halbjahr noch verhältnismässig mild, im zweiten Halbjahr kräftiger. Partei und Gewerkschaften vermochten aber ihren Stammbestand hinüberzuretten.

Die Regierung bestrafte 1908 die mit einem Streik verbundene Organisationsstätigkeit strenger. Die Rechtssprechung des Jahres 1908 konnte die Rekordstrafen von 1907 in mehreren Kategorien noch übertreffen. Anhand der sich in den Gewerkschaften entwickelten Unzufriedenheit verknüpften sich in den Bemerkungen der Mitglieder die gerechte Kritik der Leitung gegenüber und ein anzüglicher Verleumdungsfeldzug. Bis Ende Januar 1908 war das Verhalten der Parteileitung durch einen kräftiger in Erschei-

nung tretenden Irrglauben bezüglich der Reformpläne der Koalitionsregierung und durch ein Drängen der Strassendemonstrationen in den Hintergrund gekennzeichnet. Andrassy wusste dies nicht zu würdigen. Zu Beginn des Jahres vermehrten sich die Vereinsverbote. Ab Mitte Januar 1908, als der Entwurf des Pluralstimmrechts näher bekannt wurde, ging bei der Sozialdemokratischen Partei eine Propagandawandlung gegenüber der Regierung vor sich, ohne dass die Reformhoffnungen endgültig zerstreut worden wären. Die persönlichen Angriffe gegen Andrassy waren hierauf nach langer Pause wieder in der Regel.

Die wirtschaftlichen Umstände der Arbeiterbewegung wirkten damals in Richtung einer Einschränkung der Aktivität, während die politischen Verhältnisse auf eine Steigerung der Tätigkeit drängten. Diese Kreuzung, der in neuer Weise in Erscheinung tretende Dualismus der wirtschaftlichen und politischen Bewegung verlieh dem Partei- und Gewerkschaftsleben des Jahres 1908 eine eigenartige Färbung.

Auf den Feldzug der Regierung vom Winter und Frühjahr antwortete die Parteileitung mit Demonstrationen, die im März bis zum Waffengebrauch führten, und mit der Veröffentlichung des Agrarprogramms der Partei. Dessen ungeachtet griff die Opposition die Parteileitung am Parteitag des Jahres 1908 wegen ihres mit Andrassy geführten und nicht völlig beendeten politischen Flirts schon heftig an. Die Regierung befürchtete Bewegungen grösseren Ausmasses und gab daher im „Reformjuni“ 1908 neuerlich das Versprechen die Wahlrechtsreform einzubringen und legte ihr Programm bezüglich des Baus von Arbeiterwohnungen in der Hauptstadt dem Parlament vor. Die Wohnsiedlung von Kispest warf die Regierung als notgedrungene Bestechung der Sozialdemokratischen Partei hin. Unter dem Einfluss der von Andrassy angeregten neuerlichen Verhandlungen suspendierte die Parteileitung von Frühsommer bis zum Herbst 1908 ihre Massenaktionen bezüglich des Wahlrechts und formulierte ihre Erklärungen in Verbindung mit der Regierung in Bedingungsform.

Die städtischen Bewegungen der besitzenden Bauernschaft und der kleinbürgerlichen Demokratie im Frühling und Sommer 1908 — allgemeinesgeschichtliche Zusammenhänge

Die dritte Welle der Volksbewegungen entfaltete sich in der Gestalt einer lebendigeren interessenvertretungs-politischen Organisierung in der zweiten Hälfte 1907 und im Jahre 1908. Mit diesem Prozess hing inhaltlich und zeitlich, und zum Teil auch hinsichtlich seiner politischen Verbündeten, der Aufschwung der Bewegung des bürgerlichen Radikalismus städtischen Ursprungs eng zusammen. Die beginnende Absonderung der besitzenden Bauernschaft aus der Koalition nahm schon Ende 1905 und anfangs 1906 mit der Ausscheidung der Richtung Achims ihren Anfang. Um dem Zerfall ein Gegengewicht zu schaffen, wurden 1907–1908 in der Unabhängigkeitspartei und der Volkspartei Bauernaktionen angeregt. Diese förderten häufig selbst ein langsames Entfernen der Strömungen der besitzenden Bauernschaft. Das Krankheitszeichen der sich entfaltenden Bauernbewegung war die Erschütterung (nicht ein unbedingtes Schwinden)

des Vertrauens gegenüber der Koalitionsregierung, der offiziellen Leitung der Unabhängigkeitspartei. Der Lockerungsprozess endete – mit Ausnahme der Achim-Bewegung – für gewöhnlich damit, dass die Bauernbewegungen zu politischen Weggenossen der Opposition der Unabhängigkeitspartei wurden, beziehungsweise solche bleiben. So entstanden mehrere „Achtundvierziger“-Bauernparteien. Die Bauerbewegung jener Zeit war eine Verschmelzung des die gesellschaftlichen Grenzen ausweitenden Agrarsozialismus und der auch „nach unten“ offensiven Politik der besitzenden Bauern. Ihre Führer verkörperten – in unterschiedlichen Proportionen – ein Gemisch von Agrarsozialisten und „Kleinlandwirte“-Politikern.

Die gemässigste war die Achtundvierziger Unabhängige Landespartei der Landwirte des István Szabó, doch selbst bei dieser kann ein sozialdemokratischer Einfluss nachgewiesen werden. Die Bewegung Szabós gelangte erst im Juni 1908 – unter unmittelbarer Wirkung der Achim-Partei – zum Gedanken der Gründung einer selbständigen Partei. Die Durchführung erfolgte jedoch erst Ende 1909, und verblieb auch damals noch neben der unabhängigen Mutterpartei. Die Tempierung der Programmumgestaltung⁷ zu Szentgál hing mit der Gestaltung der inneren Verhältnisse in der Mutterpartei zusammen.

Der durch Kálmán Szemere ins Leben gerufene Verein der Freien Landwirte der Komitate Somogy, Tolna und Baranya wies einen stärkeren sozialdemokratischen Einfluss auf, namentlich wenn wir weniger die Person Szemere als die Bewegung selbst unter die Lupe nehmen. Szemere war längere Zeit hindurch ein konservativ verbundener Politiker: er unterstützte die offizielle Leitung der Unabhängigkeitspartei. Die Spitze seiner Agitation war nicht gegen Ferenc Kossuth, sondern gegen die Bauernbewegung der Volkspartei ausgerichtet. Es war mehr der rasche Aufschwung der Volksbewegung und die Gefahr, dass sie sich der Sozialdemokratie zuwenden könnte, als ihr Programm das, was die Behörden zum Handeln bewegte. Von den „Achtundvierziger“-Bauernparteien war die Bewegung Mezőföis jene, die als erste Beziehungen zur Linkspartei angebahnt hat.

Nur eine genauere Bestimmung der allgemeingeschichtlichen Stellung der an Seite der Regierung stehenden Bauernparteien ermöglicht eine entsprechende Wertung des selbständigen Auftretens Achims, eine Würdigung seines Mutes. Der von ihm durchgeführte Bruch gegenüber der Koalition hatte radikalen Charakter. Zu den Charakteristiken der Bewegung Achims zählt noch, dass ihre Tätigkeit die konjunkturellen geschichtlichen Faktoren, welche die grösseren Bauernbewegungen des Jahres 1908 ins Leben gerufen haben, in der richtigen Proportion widerspiegelt: die Erschütterung des Ansehens der Koalitionsparteien, die inneren Schwierigkeiten der sozialistischen Agrarproletarier-Bewegung, die koalitionsfeindliche Massenaktion der Bewegung Kristóffys und die verspätete bäuerliche Bewusstmachung der sozialistischen Bewegungen in den Jahren 1905 – 1906. Im Jahre 1905 ging ein Teil der organisierten Agrarproletarierbewegung zur Strömung der besitzenden Bauernschaft über, was namentlich für die Bewegung Achims kennzeichnend ist.

Zur Zeit der Koalitionsregierung charakterisierte bisher eher eine Annäherung die Beziehung der Bauernpartei zur Sozialdemokratischen Partei. Den Konflikt der beiden Strömungen um das Jahr 1908 verursachten in erster Linie Faktoren, die nicht an ihnen lagen (Druck der Regierung, deren Winkelzüge, Gestaltung der wirtschaftlichen Lage usw.). Eine Gruppe unserer Forscher schrieb die Gegensätze zwischen den beiden Parteien irrtümlich in erster Linie der Politik der sozialdemokratischen Parteileitung zu, und betrachtete die gegenüber der Bauernpartei geübte sozialdemokratische Kritik für ausschliesslich „destruktiven“ Charakters. Im Sommer 1908 geriet auch die landespolitische Orientierung der beiden Parteien gewissermassen einander gegenüber: die Bauernpartei tadelte mit Recht den zuwartenden Standpunkt der Sozialdemokraten bezüglich des Wahlrechts. Andererseits hatte die Bauernpartei eine noch schwerere Bürde zu tragen als die Reform-Liebäuglung der SDP: Kristóffy und seine dynastiefreundliche Einstellung.

Im Herbst verwischte der Wahlrechtsfeldzug der Sozialdemokraten für einige Zeit die Erinnerung an den Konflikt von Nagyvárad. Die radikal-oppositionelle Einstellung Achims Ende 1908 und anfangs 1909 liess sich mit der Unterstützung der Justh'schen Koalitionsopposition nicht vereinbaren. Der Umstand, dass die Kristóffy-Gruppe anlässlich der Versuche einer Regierungsbildung im Jahre 1909 in den Hintergrund gedrängt wurde und die wiederholte Verschärfung der Gegensätze der Bauernpartei gegenüber den Sozialdemokraten führte im Sommer 1909 zu einer Krise der Gruppe Achims. Die endgültige Krise der Koalition brachte die beiden Parteien nicht nur wieder näher zueinander, sondern bereitete auch Achim für eine Unterstützung der eine Reform versprechenden Politik von Khuen-Héderváry vor. Die Bewegungen der besitzenden Bauernschaft in den Jahren 1908 – 1909 hielten dem Rückfall der sozialdemokratischen Agrarproletarier-Bewegung auf dem Lande gleichsam das Gleichgewicht (und verursachten diesen auch zum Teil).

Der relativ gemeinsame Weg der Bewegungen der besitzenden Bauernschaft und des bürgerlichen Radikalismus beruhte auf ihrem historischen Schicksal und auf den zwischen ihnen ausgebauten persönlichen Beziehungen. Von diesen Partnern war der Radikalismus die stärkere, eine kräftigere ideelle Wirkung ausübende Partei, indem jenes Verhältnis, das zwischen der Arbeiterbewegung und dem bürgerlichen Radikalismus zustande kam, einen etwas mehr bestimmenden und aufnehmenden Charakter hatte. Von der anderen Seite aus kann die Geschichte des bürgerlichen Radikalismus lediglich in Erkenntnis des Primats der Sozialdemokratischen Partei richtig gewertet werden. Nicht der bürgerliche Radikalismus, sondern die SDP stand zu Beginn des Jahrhunderts an der Spitze der ungarischen Progression. In einer ausgeglichenen Forschung der Geschichte des bürgerlichen Radikalismus kann ein einseitiges Hervorheben der – tatsächlichen – Mängel der Arbeiterbewegung und gleichzeitig ein Verschweigen ihrer positiven Seiten und ihrer gewaltigen klimaschaffenden Kraft nicht zum Ziel führen.

Wenn der bürgerliche Radikalismus in den ausschliesslichen Mittelpunkt der ungarischen Progression zu Beginn des Jahrhunderts gestellt wird — wie dies in der Literatur vielfach beobachtet werden kann —, so entspricht dies nicht den Tatsachen und ist auch der marxistischen Geschichtsanschauung fremd. Ohne von einer Kritik der Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Abstand zu nehmen kann festgestellt werden, dass es keine andere Partei gab — auch die radikalen Strömungen inbegriffen —, welche die Massenmentalität in einem solchen Ausmass aufgewirbelt hätte, wie die SDP. Wenn auch die Bündnispolitik der Sozialdemokratischen Partei noch so mangelhaft war, wurde die Arbeiterpartei unter dem Druck der Reaktion im allgemeinen von den bürgerlichen Radikalen, in mehreren Epochen von der Partei Achims, von der Demokratischen Partei und einer grossen Gruppe der Nationalitäten-Politiker unterstützt. Die romantische Einstellung „wir sind nur eine Handvoll Leute“ mochte für die sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gegolten haben, doch trifft sie für das ein Jahrzehnt vor der Revolution stehende Ungarn nicht zu. Nicht das Lager des Fortschritts war karg bemessen, sondern die Möglichkeiten einer fortschrittlichen Politik erwiesen sich für beschränkt, ihre Methoden für unzulänglich. In der Beziehung zwischen dem — ansonsten alle Achtung verdienenden — Radikalismus und der Sozialdemokratie war der Radikalismus keine gleichrangige Partei. Der bürgerliche Radikalismus ist mehr eine Strömung, die sich im Verdeckt der Arbeiterbewegung verbarg und die sich deren Parolen häufig zueigen machte. Der Radikalismus vergrub sich unter die Trümmer seiner Hoffnungen von 1906 — 1907 und vermochte sich erst um 1908 der im allgemeinen kontinuierlichen Aktivität der Sozialdemokraten anschliessen. Die aussergewöhnlich kräftige Wirkung, welche die Regierung in den Jahren 1906 — 1907 auf die Richtungen der „Freidenker“ ausgeübt hat, kann weniger auf den eigenartigen Katholizismus und Konservatismus der Koalition zurückgeführt werden als vielmehr auf die Konzentration aussergewöhnlichen Ausmasses, die um 1906 bei der Reaktion merkbar war. In den beiden letzten Jahren der Koalitionsregierung gewannen die radikalen Strömungen bereits an Raum. Die massgebenden Führer der radikalen Bewegung befanden sich anfangs nicht nur in einer zwangsläufigen Verteidigung, sondern in einer übertriebenen Defensive der Regierung gegenüber. Die Wahlrechtsliga verurteilten sie unnötigerweise zur Auflösung. Jászi riet seinerzeit zu einer „Gewehr bei Fuss“-Taktik gegenüber der an die Macht gelangten Koalition und war gegen eine Gründung einer eigenen Partei der Radikalen.

Die Debatte über die Liga erschloss die Doppeltendenz, die sich im Kreise der Radikalen abzuzeichnen begann (obwohl sie dort nur wenig bewusst war). Der radikale linke Flügel war ausserstande Jászi gegenüber eine selbständige politische Richtlinie zu erarbeiten. Zwischen Frühjahr 1906 und Ende 1907 war der bürgerliche Radikalismus weniger durch seine Bewegungsgegenwart (Veranstaltungen, kollektives Auftreten, programmässige Dokumentationen) als durch die Propagandaäusserungen seiner Persönlichkeiten der Regierung gegenüber wirksam. Namentlich Pál Szende und Gyula Rácz traten mit einer entschiedenen Kritik an der Koali-

tion auf, die ungeachtet ihres bürgerlichen Charakters von einer tiefen Sympathie für die Arbeiterbewegung durchdrungen war.

In ihren Schriften widerspiegelt sich im hohen Grad das grosse kollektive Erlebnis der russischen Revolution. „Und wenn wir nun auf die Geschehnisse der russischen Revolution zurückblicken, wessen Seele wird von der glorreichen Rolle, die das russische Industrieproletariat in dieser Revolution gespielt hat, nicht in Erregung gebracht?“ – schrieb Szende. Ein wichtiger positiver Zug und eine Neuerung der radikalen Studien war die tiefere und eingehendere Anwendung der seitens der Sozialdemokraten entwickelten antifeudalen, agrarierfeindlichen Kritik, die sie zu einer wissenschaftlichen Abhandlung auszuweiten wussten. Achim wurde in seiner Parteigründung von dem Gedanken irgendeines Bourgeois-Verbündeten massgebend nicht beeinflusst. Jászi hielt – der Grundkonzeption der bürgerlich Radikalen entsprechend – daran fest, dass sich die zukünftige Partei der Radikalen in dem Block der Parteien der Bourgeois-Opposition und der Sozialdemokratischen Partei in der Mitte placieren müsse. Um 1907 war eine derartige Konstellation der politischen Kräfte nicht zugegen. Die Bedingungen für eine Realisierung der Block-Konzeption gerieten erst zur Zeit der Arbeitspartei zur Reife, als Jászi seine Partei gründete. Durch den Aufschub der auch seitens Achims betriebenen Parteigründung machten Jászi und die mit ihm politisch Gleichgestimmten der Koalitionsregierung ein Zugeständnis und überliessen das Gebiet grösstenteils Kristóffy. Trotz ihrer politischen Kalkulationen und ihrer teilweisen Passivität spielte die radikale Bewegung im Jahre 1907 in dem reifenden Krisenprozess gegenüber den sich aus Grossgrundbesitzern, Aristokraten zusammensetzenden Spitzen der Koalition eine wichtige, gärende Rolle. Das Jahr 1908 war für die radikale Bewegung ein Jahr des neueren Aufschwunges. In dieser zweiten Epoche der Herrschaft der Koalitionsregierung fand ihre Organisation im ganzen Lande das richtige Ansehen.

Die im Frühling 1908 erfolgte Belebung Jászis, die Gründung der Martinovics-Loge, die Ausarbeitung ihres Programms, die Einbringung der Gründungspläne einer neuen Zeitung fielen zeitlich mit der Entfaltung der Bewegungen der besitzenden Bauernschaft zusammen. Im Gegensatz zur gemeingültigen Auffassung war die Ausarbeitung des demokratischen Agrarprogramms nicht eine Errungenschaft der Radikalen, sondern vor allem die der Bewegung Achims. Die Radikalen waren jedoch der Bauernpartei bei der Verfeinerung ihres Programms behilflich und benutzten dieses Programm selbst als Argument. Im Jahre 1908 betrachtete Achim die Radikalen als seine Verbündeten. Die These einer völligen bäuerlichen Isolierung des Radikalismus vermag die Probe einer faktenmässigen Prüfung nicht zu bestehen. Der bürgerliche Radikalismus eiferte Achim – nicht zuletzt die Anschauung der SDP vermittelnd – zu einem sozialeren Aspekt an. Er förderte es, dass sich in der Bauernpartei die Idee der alleinigen Berufung löse und das demokratische Frontbewusstsein kräftige. Er lockerte die Beziehungen zwischen Achim und Kristóffy. Achim seinerseits machte den Radikalen die Probleme der Bauernschaft etwas verständlicher, brachte sie dem Dorf näher und machte die Bedeutung einer parteipolitischen

Massenarbeit klar. (Jászi berief sich später, als er von der Möglichkeit einer Parteibildung sprach, auf das Beispiel Achims.) Der sich häufig erweisende agrarpolitische Dogmatismus der Radikalen (leider vermittelten sie auch den von den Sozialdemokraten) und die von Fall zu Fall in Erscheinung tretende grossbäuerliche Neigung Achims, seine Duldung des obskuren Bündnisses waren einander kräftigende Fehler, die zwischen ihnen gelegentlich ein Misstrauen aufflackern liessen. Die Lösung der Nationalitätenfrage stellte sich Jászi zur Zeit der Koalitionsregierung unbedingt im gegebenen Staatsrahmen, ja im Rahmen der ungarischen Staatlichkeit vor. Damals mass er sogar dem inneren Föderalismus, dem Prinzip der nationalen Autonomie noch keine Bedeutung zu. Er konnte sich weder vom ungarischen Nationalismus, noch von den Zugeständnissen der Habsburgischen Macht gegenüber im vollen Ausmass befreien. Unter den, durch die Koalitionsregierung und die öffentliche Meinung ausgestalteten kümmerlichen Verhältnissen vermochte er mit seinen kritischen Stellungnahmen selbst mit einer solchen nationalitätenpolitischen Bürde überlastet eine fortschrittliche Funktion erfüllen. Die Nationalitätenpolitik verstand sich besser mit dem ungarischen Radikalismus infolge seines bürgerlichen Charakters als mit der Sozialdemokratischen Partei, obwohl letztere in der Nationalitätenfrage einen positiveren Standpunkt einnahm als die Radikalen.

Die radikale Renaissance vom Jahre 1908 verhalf gemeinsam mit den Sozialisten den Galilei-Kreis ins Leben zu rufen. Die Bildung des letzteren wurde unmittelbar durch den Wahlrechtsfeldzug gefördert, der sich im Herbst 1908 entfaltet hat. Der Galilei-Kreis war in Richtung der Koalitions-Studentenorganisationen „offen“, und lockerte deren Reihen auf. Die Koalition trachtete ihrerseits die ihnen entzogene Studentenschaft durch die Bildung von „Reform“-Kreisen zurückzugewinnen. Die Erneuerung befreite den Radikalismus aus der Beisszange, in die ihn einerseits die radikale Partei Kristóffys, und andererseits die Unabhängigkeitspartei gezwängt hatten. Im Jahre 1909 kam eine anders geartete Beisszange zustande: jene der unabhängigen Opposition und der radikalen Bewegung, unter deren Druck die bürgerliche radikale Landespartei Kristóffys abstarb.

Zu jenem Kulturfieber, mit dem die Radikalen im Jahre 1908 ihre Anhänger zu einer rascheren geistig-politischen Bewegung anspornten, gehörte auch die Förderung des „Auslaufens“ Ady's. Endre Ady, der 1908 einen politischen Ruf im ganzen Lande erlangt hatte, wurde in seiner bisherigen revolutionären Gestaltung in erster Linie durch die Arbeiterbewegung angetrieben. Häufig wurde für ihn selbst der Radikalismus nur als Vermittler der sozialistischen Lehren bedeutungsvoll. Um die Jahreswende 1906–1907 verblieb Ady im engeren Kreis des Radikalismus und blickte von daher der Arbeiterbewegung mit Erwartung zu. Im Agglomerat des Radikalismus stand Ady von den seitens Jászi's anerkannten verschiedenen Richtungen jener Strömung des Radikalismus näher, welche die Sozialdemokratie unmittelbar berührte: er gehörte dem linken Flügel an. Im Gegensatz zu Jászi wies er die Koalition in absoluter Weise zurück, er setzte fort und setzte sich mit grösserem Nachdruck für ein Bündnis mit den Sozialisten ein. Die Idee eines sozialistischen Bündnisses brachten in Ady

vor allem seine ungarischen (und nicht seine französischen) Erlebnissen zur Reife. Die Revolution in Russland war für ihn noch mehr ein Schlüssel-erlebnis als für Szende und seinen anderen radikalen Freunden. Ein Schlüssel-erlebnis – im Sinne der antifeudalen Revolution. Zugleich kräftigte die Revolution der Jahre 1905–1907 in der Gedankenwelt des Dichters auch die in Richtung des Sozialismus weisenden Tendenzen. Die beginnende Doppelorientierung des ungarischen Revolutionarismus (eine stufenweise Umorientierung auf Russland) kann schon in dieser Phase der Laufbahn Ady's beobachtet werden. Für ihn ist Russland ein ebenso glückliches – wenn nicht noch glücklicheres – Land wie Frankreich und Moskau ebenso „vornehm“ – wenn nicht noch vornehmer – als London. Die Reihenfolge Moskau – London ist in den diesbezüglichen Schriften Ady's gesetzmässig. Es ist dies die typische Reihenfolge der zeitgenössischen revolutionären Reaktionen. In der „Koalitionsnacht“ 1906–1907 treten aber auch die ideellen Schwächen des revolutionären Ady's mit besonderer Schärfe hervor. In seinen Schriften und Gedichten ist das Moment des Zuwartens charakteristisch bürgerlich-radikal, Jászi-artig. Die sozialistische Bewegung in ihrem endgültigen Auslauf hielt auch Ady für utopistisch. Es wurde nicht zum Sozialisten, zum Marxisten. Die Verpflichtung der sozialistischen Waffenbrüderschaft hob aber ihn (und noch mehrere hervorragende Persönlichkeiten) aus der Reihe der bürgerlich Radikalen hervor, sie formte ihn schon um die Jahreswende 1906–1907 dem Wesen nach zum revolutionären Demokraten; Ady ist im allgemeinen nicht durch eine friedliche, kleinbürgerliche Abgeschlossenheit gekennzeichnet, sondern durch die innere Widersprüchlichkeit, die Kontrastierung des sich gestaltenden, weiterreifenden Revolutionärs. Ganz besonders trifft dies für die Zeit des „Zuwartens“ zu. Revolutionäre Kollektivität und ein relatives Einsamkeitsbewusstsein – dies ist das komplexe Lebensempfinden Ady's.

Die wohlbekannte These der ungarischen bürgerlichen Literaturgeschichtsschreibung und Publizistik, wonach Ady der einsamste Mensch seiner Zeit war, entspricht nicht den historischen Tatsachen. Ady's Einsamkeitsgefühl zur Zeit der Koalitionsregierung (im Gegensatz zu den letzten Tagen der „Trabantenwelt“) ist mehr ein Stimmungselement, eine Tendenz des Privatmannes, als der Mangel an einem Medium. Die politische Einsamkeit, das einsame Prophetentum, der Angriff von allen Seiten gehören in den Bereich der Legenden. Auch unter den Mitarbeitern des Blattes *Budapesti Napló* wurde er als Weltmann, als einer im Dickicht des Lebens Befindlicher, als einer an Beziehungen Reicher betrachtet. Das Wesen des Problems ist dennoch dies: die Kraft des Gegenkollektivs ist mächtig, die Perspektiven sind in mannigfacher Hinsicht ungeklärt, das physische Schicksal des Dichters ist grausam. Ein markantes und stichhaltiges Merkmal der politischen Umschwärmung Ady's, die schon 1907 begann, ist das Hervorheben der primären, bewussten Elemente seines Revolutionarismus, neben den gefühlsmässigen. Dies ist ungeachtet dessen offensichtlich, dass sie es erkannten, wonach Ady kein politischer Führer sei; sein Politikum war von der zu jener Zeit einzigartigen Kunst getragen (welche dieses, wirksamer als die üblichen Mittel der Radikalen, in die Landes-

politik hineingesprengt hat). Bei Ady spielte der Zweifel eine grosse Rolle, doch ist er nicht durch diesen gekennzeichnet, sondern durch den Fortschritt, der sich aus jenem stufenweise entwickelt hat. Obwohl sich seine revolutionäre Überzeugung gekräftigt hat, ist in seiner Denkungsweise bis zu seinem Tod eine Unsicherheit, eine gewisse Zwiefältigkeit erkennbar, die nicht allein mit dem störenden Faktor der rechtsorientierten Sozialdemokratie erklärt werden kann. Dies gestaltete sich namentlich im Fragenbereich des Nationalismus aus. 1905 gehörte nur zu den Anfängen: bis 1918 bedurf er seines eigenen, permanenten Purgatoriums.

Zu einem politischen Wanken Adys kam es Ende 1908, als die Wahlrechtskampagne der Sozialisten, Radikalen, der Bauernpartei und der Nationalitäten mit den Geschehnissen vom 8. Oktober 1908 eine schwere Niederlage erlitt. Seit November 1908 entstanden innere Zwistigkeiten allgemeinen Charakters zwischen den demokratischen Richtungen. In diese Periode fiel der neuere Zusammenstoss zwischen Achim und der SDP beziehungsweise zwischen Achim und den Bürgerlich-Radikalen. Am 16. November erzwang die sozialdemokratische Opposition die Einleitung des Disziplinarverfahrens in der sog. Vágó-Angelegenheit. Alpári äusserte sich bei dieser Gelegenheit mit kräftigeren Worten gegen die Parteileitung. Am 15. November 1908 erschien die Duk-duk-Affäre Adys, und hierauf folgte die Népszava-Auseinandersetzung. Ady ging in der Rehabilitation der sich auf das Geleise der Opposition verschiebenden Anhänger der Unabhängigkeitspartei und der damit verbundenen Kritik seines eigenen Lagers zu weit, als er in seiner, der Zeitschrift Új Idők, die zu István Tisza und Andrássy nahe stand, abgegebenen Erklärung der Koalition (beziehungsweise im allgemeinen der noblen) öffentlichen Meinung in einer leicht misszuverstehenden Weise förmlich Abbitte tat, und gegenüber den „alten Ungarn ähnlichen Schlages“ und der sich auf ihn berufenden neuen Literatur summarisch einen feindlichen Ton anschlug. (Die Zeitschrift veröffentlichte den Artikel Adys im gleichen Spiegel wie den Vers von Mihály Szabolcska.). Sándor Csizmadia, ein Mitglied der sozialdemokratischen Opposition, der sich mit seinen Einwänden bisher nicht herauszurücken wagte, griff den Dichter und die Parteileitung, gelegentlich einer vorübergehenden Entfernung Adys mit einem sektiererischen Misstrauen an. Es bestand ein enger Zusammenhang zwischen dem, dass Ady — mit seinen eigenen Worten — im Lager der Koalition „die Judasse umarmt hat“, und nacher auch vor einigen ergrimmten sozialdemokratischen Judassen bestehen musste. In der Auseinandersetzung trat die Mehrheit der Parteileitung für Ady, beziehungsweise für die Literaturpolitik des Blattes Népszava ein, und widersetzte sich Csizmadia gegenüber. Die Streitfrage wurde also nicht zwischen den Sozialdemokraten im allgemeinen und Ady, vor allem aber nicht zwischen Ady und der Parteileitung ausgetragen. Wenn die Perspektivlosigkeit Csizmadias eine „kollektive Engstirnigkeit“ ist, ist sie eher eine Engstirnigkeit eines ad hoc Kollektivs der sozialdemokratischen Opposition. Eben deshalb vermochte Ady sein Bündnis mit der Arbeiterbewegung im Jahre 1909 so rasch erneuern und bekräftigen, weil die Népszava-Debatte einen ungleichen Charakter hatte, sich bloss auf eine bestimmte Gruppe der sozial-

demokratischen Leiter beschränkt hat. Auch Sándor Csizmadia, sein einstiges Vorbild, wurde von ihm verhältnismässig schwach qualifiziert.

Ady ging wie im Jahre 1905 auch im Jahre 1909 parallel zur taktischen Richtlinie der SDP vorwärts, als er sich der Justh-Partei näherte. Aber die Leute Andrássys, namentlich Apponyi, wünschten diese Annäherung bis zur dauernden Koalitionsfreundschaft zu steigern: die Verfassungspartei spielte eine entscheidende Rolle darin, dass Ady im Jahre 1909 der Literaturpreis der Hauptstadt zuerkannt wurde. Von seiten der Linkspartei missbilligte Károly Eötvös diese Auszeichnung Adys.

Bei den Nationalitätsparteien ist besonders seit 1907–1908 ein kräftiger Einfluss der Arbeiterbewegung nachweisbar. Durch die Entfaltung der radikalen Strömungen kräftigten sich die demokratischen Tendenzen der Nationalitätenparteien und steigerte sich die Anpassung der Nationalitätenbourgeoisie an den seitens der SDP begonnenen Wettstreit. Die ungarischen Sozialisten nahmen Ende 1907 und anfangs 1908 – ähnlich wie Tarczai – häufig beispielgebend Stellung für die berechtigten Ansprüche der Nationalitäten. Im Jahre 1908 fanden gemeinsame Volksversammlungen der Sozialisten und der Nationalitäten in der Wahlrechtsfrage statt. Es kam eine engere Beziehung zum radikalen Flügel der Slowakischen Nationalpartei zustande. Die Nationalitätensektionen der SDP übten 1908 eine intensivere Tätigkeit aus. Die Regierung hielt die Sektionen – trotz der auch ihrerseits registrierten politischen Differenzen – für noch unmittelbarere Verbündete der Nationalitätenparteien. Die Entfaltung der radikalen Richtungen in den Parteien der Nationalitäten bewirkte, dass in den Sektionen die Anpassung an die Nationalitätenbourgeoisie in den Vordergrund trete. Diese war in der slowakischen Sektion am stärksten. Nicht allein die SDP förderte die Entfaltung moderner Strömungen in den Nationalitätenparteien, sondern auch diese wirkten – eher hemmend – auf die Arbeiterbewegung, namentlich auf die Sektionen zurück. In der Lenkung des bürgerlichen Radikalismus der Nationalitäten spielte die Intelligenz – wie bei den ungarischen Bürgerlich-Radikalen – eine grosse Rolle, doch bildeten in der Reihe ihrer Mitglieder die Bauernschaft und die Kleingewerbetreibenden eine unvergleichlich stärkere Schichte. Im Vergleich zu der Jászi'schen Bewegung brach in ihrem Kreis der Nationalismus kräftiger hervor.

Während die radikalen Richtungen der Nationalitäten für engere Beziehungen zueinander und zu den ungarischen demokratischen Richtungen eintraten, hielten sie auch an anderen, reaktionären Beziehungssystemen fest. Sie brachen die Brücke zu den konservativen Schichten ihrer eigenen Bourgeoisie nicht ab, und gerade im Jahre 1908 kräftigten sie ihre Verbindungen mit dem Belvedere, dem Hof. Es lag grösstenteils an diesen zweifältigen Beziehungssystem, dass die Richtung Hodžas und zahlreiche andere Nationalitätenströmungen zwischen dem Liberalismus und dem Radikalismus stecken blieben. Im politischen Leben der Nationalitäten war die Unterstützung der ungarischen Demokratie darum von besonderer Bedeutung. Auch der Galilei-Kreis und die grossen sozialistisch-radikalen Bewegungen vom Jahre 1908 übten eine wohlthuende Wirkung auf die jungen Gene-

rationen der Nationalitätendemokratien aus. Mit den neueren Wellen der tschechischen Politik geriet vor allem die slowakische Partei in engere Beziehung, was dem sich zu jener Zeit im Ausbau befindlichen multilateralen Annäherungsprozess unter den nicht deutschen und nicht ungarischen Völkern der Monarchie entsprach, (schon aus dem Grund ist es eine irrige Anschauung in den politischen Vorgängen innerhalb der Monarchie ausschliesslich die Desintegration nachzuweisen). Die tschechisch-slowakische Annäherung dämpfte bei den slowakischen Radikalen die feindselige Stimmung dem Bankkapital gegenüber ab; der Lucefărul-Kreis der rumänischen Radikalen griff hingegen das Bankkapital heftig an. In der kroatischen Politik zeichnete die Wiederbelebung der Bauernpartei Radić's im Jahre 1908 die Entwicklung eines Zweiges des Radikalismus ab. Die neue Programmstellung Radić's war gemässigter als jene Achims. Während in der ungarischen (und deutschen) Politik sich mehr der Radikalismus städtischen Charakters eine führende Rolle erkämpft hat, herrschte bei den Nationalitäten die Färbung der Agrarbewegung vor. Entweder kam sofort eine Partei bäuerlichen Charakters zustande, oder entwickelten sich später aus diesen radikalen Gruppen die grossen Agrarparteien (z. B. aus dem Lupta-Kreis die rumänische nationale Bauernpartei).

Vorlage und Vereitelung der Pluralstimmrechtsreform im Herbst 1908

Während des „Siebenjährigen Krieges“ des Wahlrechts zwischen 1905 und 1912 stand die Reform – wohl nicht die des allgemeinen Wahlrechts – im Jahre 1908 am nächsten zu ihrer Verwirklichung. Die dem Pakt zustimmende Koalition beschloss nicht von vornherein eine Reform jedweder Art zu vereiteln: sie rechnete damit, dass irgendeine Zwitterreform durchgeführt werden muss. Sie erwartete und suchte den geeigneten Zeitpunkt für die Durchführung einer geschmälerten Reform (praktisch einer Antireform). Im Jahre 1907 wurden die auf ein allgemeines Wahlrecht hinweisenden Versprechungen schon seltener. Als Gegengewicht für die Verwirrung, die zu Beginn des Jahres 1908 im Zusammenhang mit dem Ausgleich entstanden war, und in Ausnutzung der Schwächung der Arbeiterbewegung fasste die Regierung bereits so viel Mut zu versuchen das ihrerseits zugesagte allgemeine Wahlrecht in ein plurales umzutauschen. Die SDP wurde durch diese Änderung irreführt: sie unterzog in erster Linie nicht Andrassy sondern die Unabhängigkeitspartei einer Kritik. Die Kritik der Sozialisten diente auch unter solchen Umständen als Ansporn für eine eheste Einrichtung der Vorlage. Die Vorbereitung der wesentlichen Teile des Gesetzentwurfs war bis zum Sommer 1908 fertiggestellt. Er begünstigte förmlich bis zu einem bestimmten Grad die ungarische Arbeiterbewegung, wollte aber dessen Preis von der SDP entgegen den Nationalitäten eintreiben. Nach Berechnungen des Innenministeriums hätten in den Jahren nach der Reform ungefähr 25 Wahlkreise eine sichere Arbeitermehrheit aufgewiesen; dies war weniger als was in den Besprechungen zwischen Andrassy und der Zeitung der SDP im Jahre 1907 angenommen wurde (34 – 40). Die Wahlkreise mit einer Mehrheit der Nationalitäten hat die Reform künstlich verringert. Der Entwurf Andrassy hätte also die Parlamentsübermacht der

ungarischen (und deutschen) herrschenden Klassen in keiner Weise gestürzt. Seine innere Widersprüchlichkeit hat ein derartiges Ausmass, das an die Unterschlagung einer ernsten Reform grenzt. Die SDP hat im August 1908, der Grosszügigkeit Andrássys vertrauend, sogar die ungenaue und Zugeständnisse enthaltende Formulierung der Parole „ehrliches Wahlrecht“ noch gebraucht, aber im September verlor sie bereits ihre Geduld und liess diesmal dem Protest der Massen freien Lauf. In ihrer Propaganda stellte sie den Gedanken einer koalitionsgegnnerischen Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien in den Vordergrund. Eine wiederholte Solidarität mit der Bauernpartei und den Nationalitätenparteien regte die SDP an.

Den Reformentwurf Andrássys griff die offizielle Richtung der Unabhängigkeitspartei unter der Leitung von Ferenc Kossuth mit Zustimmung auf. Auch gegen die Pluralität verwahrte sie sich nicht. Die Sozialisten kritisierten die Stellungnahme der Kossuth'schen Leitung heftig. Innerhalb der Unabhängigkeitspartei hatte übrigens der Entwurf in untergeordneter Weise eine nicht organisierte Opposition, aber in deren Einwendungen erschienen zugleich rechtsradikale Vorschläge und mit diesen vermischte — nur selten klar hervortretend — demokratische Besorgnisse. Die Übertreibungen in der Unabhängigkeitspartei hatten auch ihren Anteil daran, dass später alles beim alten blieb. Die SDP förderte das Erscheinen der demokratischen Kritik in der Unabhängigkeitspartei, doch unterzog sie die in der Unabhängigkeitspartei aufeinanderstossenden Wahlrechtsansichten keiner entsprechenden Analyse.

Ende September und Anfang Oktober 1908 strömte die Arbeiterschaft zwei Wochen hindurch allabendlich durch die Strassen der Hauptstadt, und der Kampf verschärfte sich bis zum bewaffneten Zusammenstoss. Die sozialistische Opposition glied sich in diesen Tagen der Parteileitung an, sie stand an der Spitze der Strassenpropaganda. Am Höhepunkt des Kampfes zwischen der Koalitionsregierung und der SDP kräftigten sich aber die Königsillusionen der Partei, die sich auch auf die sozialdemokratische Opposition erstreckten. Die SDP versäumte es den Wahlrechtskampf und den Protest gegen die Annexion miteinander in entsprechender Weise zu verbinden. Am 15. September 1905 demonstrierte sie gegen eine Oppositionskoalition, am 10. Oktober 1907 petitionierte sie sanft, der 8. Oktober 1908 führte zu einem blutigen Strassenkampf mit einer funktionierenden Regierung.

Nach dem Kulminationspunkt der Demonstrationen war die Parteileitung einigermassen verstimmt: an die Volksversammlungen knüpfte sie keine grossen Hoffnungen mehr, sie verlor ihr Gleichgewicht und trachtete zur Waffe des Streiks zurückzukehren. Im November war die Parteileitung noch von dem Glauben beseelt, das die Regierung die Durchtreibung ihrer Reformvorlage um jeden Preis erzwingen werde, obwohl die Verfasser des Antrags inzwischen — in Anbetracht der fortschreitenden Schwäche der Arbeiterbewegung und der sich gestaltenden kriegerischen Lage — sich in ihre eigenen Opponenten verwandelt haben. Die SDP beging einen doktrinären Fehler, als sie es für ausgeschlossen hielt, dass sich der Standpunkt

Andrássys noch weiter nach rechts verschieben könnte. Ende 1908 wandten sich aus konservativen Überlegungen sämtliche Koalitionsparteien gegen die Reform. Die Wandlungen gingen von der Spitze der Koalition aus und setzten sich durch. Es lag in erster Linie an Andrássy und seinem Kreis, dass die Reformarbeit zum Stillstand kam. An der Torpedierung der Vorlage beteiligten sich ausser der Koalition auch Siebenundsechziger. Tisza arbeitete hart gegen den Entwurf Andrássys, den er selbst für zu weitgehend hielt, desgleichen auch Khuen und Kristóffy. Letztere und László Lukács wiesen die plurale Reform formal von der Basis des allgemeinen Wahlrechts aus ab. Diese doppelte Wahlrechts-Kriegsordnung der Altliberalen ermöglichte es ihnen die Koalition gleichsam von zwei Seiten aus zu umzingeln. Im Dezember 1908 schloss sich der Kreis: Tisza, Khuen, Kristóffy und Andrássy verlangten in gleicher Weise die Abweisung dieser Reform. Die Koalition und ihre Verbündeten gaben der Demokratie eine spartanische Antwort: „Nimm's wenn du 's kannst!“. Die Zustimmung der Krone von Ende 1908 rettete das populäre Werbemittel einer Wahlrechtsreform der Restauration der orthodoxen siebenundsechziger Kräfte. Mit der Abweisung des Pluralstimmrechtsantrags riss die Kette der intensiven politischen Gesetzgebung, die sich bis dahin erfolgreich entfaltet hat. Und der als grösstes Gesetz gedachte Entwurf war ein Misserfolg. Die „spartanische Antwort“ der Regierung begann die Augen des demokratisch gesinnten Teils der Opposition zu öffnen. Andererseits rechnete die Sozialdemokratische Partei hernach realer mit ihren dortigen potentiellen Verbündeten. Aber die Hauptrichtung der Verbündete suchenden Politik wandte sich nun von der Koalition eher ab: sie tastete nach Khuen-Héderváry und dem Hof. Trotz der teilweisen Erfolge des hauptstädtischen Massenstreiks vom 31. Dezember 1908 vermochte sie der Bewegung keinen neuen Schwung zu verleihen: anfangs 1909 geriet die Politik der SDP vorübergehend auf einen Tiefpunkt.

Die Aufnahme der Annexion in Ungarn

Der Inhalt der Regierung der Koalition war auch von aussenpolitischen Gründen beeinflusst. Als das Parteibündnis sich bereits „ausgelauften“ hätte, nagelte die inzwischen erfolgte Annexion von Bosnien-Herzegowina die Minister an ihren Posten. Die Koalitionsregierung verblieb nicht entgegen des Opponierens der Annexion, sondern zwecks deren Genehmigung im Amt. Die Annexion war einer der besonders gut vorbereiteten Schritte des Zeitalters des Dualismus. In der Vorbereitungen wurde der Bearbeitung der öffentlichen Meinung ein nicht unbedeutender Platz eingeräumt: die Unabhängigkeitspartei oder Apponyis gemässigt oppositionelle Richtung, die Ende der siebziger Jahre die Annexion noch ablehnte, wurde am Anfang des Jahrhunderts zu deren Fürsprecher. Die dualistischen Regierungen wünschten unter der Berufung auf den Status quo von Bosnien-Herzegowina den Status quo der Länder zu ändern. Die Bewusstseinsverschiebungen liessen auch die Arbeiterbewegung nicht unangetastet. Nachdem die Koalition zur Macht gelang war steigerten sich die aussenpolitischen Erwartungen der Unabhängigkeitspartei. Sie wünschte Bosnien-

Herzegowina „zu verdauen“, wirtschaftlich auszubeuten. Die Frage lautete: wie kann man die deutschfeindliche Stimmung eines Teils der Unabhängigkeitspartei mit der Unterstützung der auch durch die Deutschen erwünschten Aktivität am Balkan vereinbaren.

Für Batthyány und andere war das Jahr 1907 nicht zuletzt das Jahr einer gewissen Abstimmung der Ansichten. Ursache und entscheidende Vorbedingung der Annexion war die politische Entwicklung dieser Provinzen. Die Belegung, die sich im Frühjahr 1907 in Bosnien-Herzegowina entfaltet hat, stand in einem gewissen Zusammenhang mit den Entwicklungen in Kroatien. Von den internationalen Geschehnissen trugen der serbische Zollkrieg, Deutschlands gesteigerte Bereitschaft zur Deckung der „Aktivität“ der Monarchie am Balkan, der noch nachgiebige Standpunkt Russlands, Englands und Frankreichs in der Frage der Annexion und nicht zuletzt die jungtürkische Revolution zur Tempierung der Annexion bei.

Die im Juli 1909 ausgebrochene jungtürkische Revolution übte – obwohl sie zu den oberflächlichen bürgerlich-demokratischen Umgestaltungsversuchen zählte – auf die konservativen Kreise der Monarchie einen tiefen Eindruck aus. Namentlich die für die Okkupation der Provinzen verantwortlichen militärischen Leiter waren von den Geschehnissen unmittelbar betroffen. Von der Generalität wurde Aehrenthal sofort aufgefordert die Annexion durchzuführen. Beim Minister des Äusseren war die erste Reaktion der Revolution der Plan eines Krieges gegen Serbien. Diesen Standpunkt vertauschte Aehrenthal erst einige Tage später mit dem Entschluss die Annexion baldigst durchzuführen. Andrassy forderte auf die Nachricht der Revolution ebenfalls den Krieg, aber er beharrte fast ein Jahr lang bei den gewalssameren Lösungsmöglichkeiten einer Besetzung Serbiens oder der Verhängung einer Blockade gegenüber Serbien. In den herrschenden Kreisen der Monarchie gestalteten sich demnach drei verschiedene aussenpolitische Richtungen aus. Die Conrad und Andrassy'sche maximalistische, krieglerisch gefärbte Auffassung, der „minimalistische“ Plan Franz Ferdinads, der eine strengere Militärdiktatur in Bosnien-Herzegowina vorsah und die annexionistische aussenpolitische Richtlinie, die sich zwischen den beiden Konzeptionen den Weg bahnte und einen offiziellen Charakter annahm.

Im gemeinsamen Ministerrat vom 19. August setzte sich Wekerle noch mehr als der österreichische Ministerpräsident Beck für die Annexion ein. Er bot für diese Politik die Garantie einer Demission der ungarischen Regierung an, falls sich die Minister den Absichten der gemeinsamen Regierung eventuell widersetzen würden. Obwohl die Regierungspresse die Möglichkeit einer Annexion im September 1908 dementiert hat, wurde der Plan im Kreise der führenden Politiker und Offiziere in der zweiten Hälfte September bekannt. Über die Entscheidung vom 19. August erlangten die ungarischen Minister spätestens anlässlich der Mitte September stattgefundenen Audienz Wekerles und Andrassys beim Herrscher Kenntnis. Die beiden Regierungen erarbeiteten Ende September und anfangs Oktober gemeinsam die Begründung der Annexion. Die Meinungsverschiedenheiten

bezogen sich mehr nur auf die öffentlich-rechtliche Formulierung des Dokuments. Die kollektive Reise der österreichischen Minister nach Budapest ist an sich der Beweis eines gewissen aussenpolitischen Gewichts des ungarischen Kabinetts. Dass die Stellungnahme der ungarischen Regierung nicht noch bedeutungsvoller wurde ist darauf zurückzuführen, dass sich sämtliche Mitglieder des Kabinetts mit dem geplanten Akt einverstanden erklärten. In dem formell entscheidenden Ministerrat vom 3. Oktober war Andrassy vom Standpunkt einer mehr extrem rechts gefärbten Kampflust aus gegen die Durchführung der Annexion, ungeachtet dessen, dass er dieser offiziell zugestimmt hat.

Ein Beweis des im wesentlichen einstimmigen Vorgehens der Regierung ist es, dass sie ihre Gesetzesvorlage über die Annektierung am 11. November 1908 vor das Parlament brachte. Wekerle und Apponyi setzten sich in öffentlichen Reden für diese ein. Statt ihrer Vertiefung ebnete eher, die der Annexion folgende Kriegskrise nach einigen Tagen einigermaßen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Andrassy und der gemeinsamen Regierung. In der Reaktion der offiziellen öffentlichen Meinung der Koalition herrschten etwa zwei Wochen lang die Motive der Bejahung, der „Erklärung“, ja sogar der Begeisterung vor. Apponyis Blatt dementierte es, dass Wekerle unter einem Druck gehandelt hätte. Holló, Barabás, Sággy, Ugron nahmen der Reihe nach für die Annexion Stellung.

Die Annexion verursachte auch im Lager der Linken Verwirrung und führte zu Prinzipienlosigkeiten. Achim verurteilte mit der Opposition auch die Sozialdemokraten wegen ihrer stillen Zustimmung. Der überwiegende Teil des Lagers der kroatischen bürgerlichen Politik erklärte sich „groszkroatischen“ Hoffnungen folgend, mit der Abtrennung einverstanden. Hodžas Richtung billigte zuert die Annexion und betonte später ihre Gleichgültigkeit. Die rumänische Tribuna hob diplomatisch hervor, dass sie unter allen Umständen an Seite der Habsburger beharren müssen. In Sachen der Beurteilung der Einverleibung standen also die Nationalitäten um nichts besser als die ungarische Politik. Der Budapester russischer Generalkonsul Murawjoff äusserte eine niederschmetternde Meinung über die Aussenpolitik Franz Kossuths.

Das ungarische Kabinett trug mit grossem Pflichteifer und häufig auch initiativ zur Rüstung bei. Die Geschehnisse nach der Annexion unterminierte jedoch allmählich die Positionen der Regierung Wekerle und ihre Aussenpolitik. Infolge und in Ausnutzung der Kriegsgefahr begannen sich in der Regierung der Monarchie die, eine mehr konservative Politik wünschenden Richtungen durchzusetzen. Der Sturz des Kabinetts Beck und die Bildung der Regierung Bienenrth zeichneten diese Richtung ab. Der Start Bienenrths war gleichsam die Hauptprobe für das Auftreten Khuen-Hédervárys in Ungarn im Jahre 1910. Mit Bienenrth wurde in der österreichischen Politik die Linie der im wahren Sinne des Wortes Beamten, „Bürokraten“, die sich von Körber über Gautsch bis Beck zog, unterbrochen, und die Kette der aristokratischen Politiker setzte sich mit Taafe, Windischgraetz, Badeni und Thun wieder fort. Diese Wendung wirkte auf Ungarn indirekt aus. Im Januar 1909 entfernte sich Aehrenthal bereits von der krieg-

erischen Orientierung. In den Augen des mit ihm gleichgesinnten Herrschers sank sofort der Wert der mit der ungarischen Koalition getroffenen Vereinbarung. Die sich anfangs für die Annexion begeisternden ungarischen Agrarier beklagten sich mit der Zeit wegen ihrer Zurücksetzung in der Ausnutzung der südslawischen Provinzen. Das ungarische Bankkapital und Industriekapital trug in Bosnien-Herzegowina einen förmlichen Kampf mit den österreichischen Interessenvertretungen aus. Dies alles, und besonders das Kriegsrisiko lösten in der Koalitionspresse eine Stimmungsänderung aus. Namentlich bei den kleinbürgerlichen, linksgefärbten Kreisen, beziehungsweise bei den der Regierung nicht verbundenen Altliberalen kann eine derartige Manteldreherei beobachtet werden. Tisza vertrat übrigens immer unbeirrt eine Aussenpolitik der starken Hand. Die Stimmungsänderung innerhalb der Koalition ging im allgemeinen nicht bis zu einer irgendwie gearteten Ablehnung der Annexion. Das Kritisieren der Annexion wurde im Kreise der Koalition vorherrschend.

Die Sozialdemokratische Partei unterschied von allen regierungsparteilichen und altliberalen Strömungen, dass sie niemals eine Kampagne im Interesse der Abtrennung starten liess. Mit grösstem Nachdruck wies sie auf die Verantwortung der ungarischen Regierung innerhalb der gemeinsamen Regierung hin, indem sie erkannt hat, dass die Politik der ungarischen Koalition eine kriegerische Lösung etwas mehr begünstigt als die der österreichischen. Doch die SDP wurde sich nicht der ganzen politischen Bedeutung der Annexion bewusst, sie unterzog sie keiner konsequenten prinzipiellen Kritik, ihre Kritik kam verspätet, in ihre ungleichmässige Propaganda übernahm sie mehrere Argumente der bürgerlichen Opposition in einer missverständlichen Formulierung. In Kenntnis dieser Mängel erscheint die Aufnahme der Annexion noch mehr als eine Hauptprobe für den Juli 1914.

Versuche zur Sicherung der Macht um die Wende der Jahre 1908–1909. Militärische Ansprüche, Fusionsbestrebungen, Bankdebatte.

Die Mitglieder der Regierung suchten zur Zeit der Annexionskrise beharrlich die Möglichkeiten von ihre Position politisch zu festigen. Ende 1908, in den Wochen, da die Kriegspartei die Überhand gewann, erneuerten sie ihre militärischen Forderungen, die diesmal auch der Kriegsminister nicht sofort zurückzuweisen wagte. Tisza unterstützte die Vorlegung der bescheidenen Ansprüche. Nachdem die Kriegsgefahr überwunden war, dem Dezember 1908 folgend, gestalteten sich die militärischen Forderungen aussichtslos. Der andere Zweig der Versuche einer Machtsicherung knüpfte sich an die Fusionspläne der Verfassungspartei und der Unabhängigkeitspartei. Andrássy hielt sogar noch im Januar 1909 die Fusion für aktuell und strebte diese an. Nach Entspannung der Kriegskrise schnitt vor allem der Herrscher den Weg einer „Hybridisierung“ der Siebenundsechziger ab. Die Fusionsannäherung löste in der Koalition die Richtlinie des Bruches ab. Statt einer Aufwässerung der Siebenundsechziger geriet das Vordringen des „intakteren“ Flügels der Siebenundsechziger auf die Tagesordnung. Der dritte Versuch knüpfte sich an die Wirtschaftspolitik.

Im Bestreben die sich zu jener Zeit kräftigende Bewegung der Opposition im Interesse einer selbständigen Bank abzuwehren und auszunutzen hielt die Regierung nach einer eigenen Bankkonzessionsplattform Ausschau. Das Ertönen der Bankparolen gestaltete für die Regierung das Auftreten Gyula Jusths peinlich, der Ende 1908 seine Sympathie der Bankbewegung gegenüber systematisch bezeugte. Jusths Erfolg bei der Parlamentsopposition wurde eben dadurch gesteigert, dass er ihnen damals von ferneher entgegengrat. Die Sensation lag in der Frische seiner offenen Bankparteilichkeit verborgen.

Justh war einer der Politiker der Unabhängigkeitspartei, dessen Beschaffenheit besonders zusammengesetzten Charakter hatte. Im Dezember 1908 und Januar 1909 stand noch nicht die Wahlrechtsreform im Mittelpunkt seines Programms, sondern die Bankkonzessionspolitik. Hinter der Bewegung für eine selbständige Bank standen ein Teil des „mittleren Grundbesitzes“, eine Gruppe der Sparkassen und Kaufleute und gewisse Schichten der Industriekapitalisten und der Gewerbetreibenden. Die Bankbewegung vermochte sich aber im Verhältnis zum alten nur in einem engeren Rahmen zu entfalten. Sich um einen billigeren Kredit bewerbend liess ein Teil der Interessenvertretungen Parolen laut werden, die mehr oder minder an jene der Bankbewegung grenzten, die Mehrzahl der Interessenvertretungen der Grossgrundbesitzer und Grosskapitalisten wandte sich jedoch entschieden gegen die Bewegung für eine selbständige Bank. Zur Zeit der Bankdebatte verblieben besonders die Spitzen der Interessenvertretungen der Banken in einem einzigen Lager im Kreise Kornfelds, der sich für eine gemeinsame Bank einsetzte. Selbst in den Reihen jener, die eine selbständige Bank forderten, ist eine ganze Anzahl von Unsicherheiten zu verzeichnen. Häufig wurde eine selbständige Bank gefordert, worunter aber bloss eine Kartellbank zu verstehen war.

Das Lager der Verteidiger der gemeinsamen Bank breitete sich gerade in den Jahren 1908–1909 aus, somit verschob sich das Verhältnis der beiden Bankparteien im Vergleich zu 1905 sehr gewaltig zu Lasten der Bankbewegung. Die letztere war stark genug um eine populäre politisch-wirtschaftliche Aktion von Landesbedeutung zu entfalten, doch um die sich verengende Basis der Bewegung umzukehren oder ihrem Programm der Regierung gegenüber zum Sieg zu verhelfen, erwies sie sich schon für schwach. Die Koalitionsregierung trat in den Jahren 1908–1909 nicht als Vertreter der Richtung einer selbständigen Bank, sondern als Organisator des gegen diese geführten Kampfes auf. Auf Antrag Adrássys machte sie Ende 1908 eine alte Lösungsidee der Liberalen Partei, eine die Bankgemeinschaft praktisch wahrende Kartellbank zu ihrem eigenen Standpunkt. Die Parlamentsopposition fand um so mehr in der Parole einer selbständigen Bank ihre gemeinsame Plattform. Die Bankparole verbreitete sich nicht so sehr deshalb, weil dies eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit der herrschenden Klassen war, sondern weil innerhalb der Koalition dies die einzige Oppositionsparole war, die in einem relativ breiten Kreis annehmbar war und einen radikalen Anschein hatte. Ferenc Kossuth konnte sich selbst zur Verteidigung des Kartellbank-Standpunktes nicht

entschlossen: für den Fall eines Fiaskos des Versuchs wollte er seine Anhänger auffordern, sich mit der gemeinsamen Bank zufrieden zu geben. Die allgemeine Meinung der Partei jedoch führte er Monate hindurch bewusst irre, indem er sich als Kämpfer der gemeinsamen Bank bekannt hat. Ferenc Kossuth nahm in der Bankdebatte keinen Zwischenstandpunkt ein, sondern lenkte in seiner Partei energisch den Schutz des Regierungsstandpunktes. Folglich sind auch keine Angaben zu finden, die bei ihm auf eine seelische Krise hindeuten würden. Der politische Kampf zwischen der Regierung und der Linkspartei wurde für die Gewinnung Jusths geführt. Jusths Verhandlungen mit Andrassy und Wekerle im Januar 1909, seine Versöhnungsversuche mit Franz Josef im Januar, seine Loyalität Ferenc Kossuth gegenüber im Frühjahr 1909 (die für die Gruppe Hollós noch kennzeichnender war) forderten systematisch die Kritik der Sozialisten und der Anhänger der Linksparteien heraus.

Die erste grosse Wendung Jusths war, dass er von diesem Standpunkt bis Herbst 1909 zum offenen Bruch mit Ferenc Kossuth gelangte. Die Sozialisten übten mit Recht Kritik an Justh wegen Vernachlässigung der Wahlrechtsreform und der Mängel seines sozialen Programms. Zugleich verirrte sich ihre Kritik an Justh gelegentlich in eine gewisse Entschuldigung bezüglich der gemeinsamen Bank, und liessen eine Kritik der offiziellen Richtung Ferenc Kossuths zu sehr im Hintergrund. Eine Differenzierung zwischen Holló und Justh wäre nötig gewesen; der erstere stellte sich mit seiner gemässigten Politik lange Monate hindurch in der Bankbewegung gleichsam vor Justh. Die Landwirtebewegung des István Szabó unterstützte im Frühjahr 1909 Ferenc Kossuth in seinen politischen Kampf innerhalb der Partei wegen der Bankenfrage. Nachdem die Annexionskrise abgeschlossen war wies der Herrscher die militärischen Forderungen und den Plan einer Kartellbank endgültig ab, womit er den Weg eines bedeutenderen machtsichernden Versuchs der Koalitionsregierung versperrte. Die Meinungsverschiedenheiten in der Bankfrage, welche die Regierung im April zur Demission bewegten, bestanden weniger zwischen den Mitgliedern der Regierung als zwischen dem König und der Regierung. Justh, der mit dem Herrscher verhandelte und den Nationalitäten Ungarns kleinere Zugeständnisse versprach, wurde bei den Parteien der Nationalitäten anfangs 1909 populär. Das Lager der Bankbewegung stand der nationalitätenpolitischen Belebung Jusths feindselig gegenüber. Teils deshalb, teils weil die Verhandlungen mit dem Herrscher unterbrochen wurden, brach die Annäherung zwischen Justh und den Parteien der Nationalitäten Mitte 1909 ab, doch die vorangegangene Periode schuf eine Tradition, indem sie dazu beitrug, dass in Jusths Programm das allgemeine Wahlrecht in den Vordergrund gelangte.

Arbeiterbewegung und Regierung im Jahre 1909

Das Jahr 1909, das im Zeichen des Streikkampfes begonnen hat, war trotz seiner immer noch beträchtlichen industriellen Lohnbewegungen und seiner für längere Zeit zuletzt in Erscheinung tretenden Schnitterstreiks ein Jahr des Dezenniums mit weniger sehenswürdigen Leistungen. Diese

Zeitspanne ist gegenüber den vorangegangenen drei Jahren die wirkliche Periode des Niedergangs der Arbeitseinstellungen. Ein Grund dessen ist, dass Ende 1908 und anfangs 1909 von den voneinander scharf abweichenden Tendenzen des wirtschaftlichen Lebens die Stagnation in den Vordergrund trat. Die Arbeitslosigkeit wurde spürbar. In der Landwirtschaft brachte 1909 die schwächste Getreideernte des Jahrzehnts. Obwohl anfangs 1909 auch noch neue Gewerkschaftsgruppen zustandekamen, war dies schon eine ausserordentliche Erscheinung. Hinsichtlich der Gesamtheit der Landes- und Orstvereine geriet die Entwicklung der Gewerkschaften im Jahre 1909 ins Stocken. Die Tätigkeit der Parteikollektive verlangsamte sich. Auch die Wirksamkeit des Landarbeiterverbandes erlitt einen Rückschlag, doch verminderte sich die Aktivität der Sozialisten im Kreise des Agrarproletariats keineswegs in einem solchen Ausmass, wie dies die bisherigen Forschungen angenommen haben. Im „Parteijahr“ 1908–1909 (das heisst zum Teil im Jahre 1909) erreichte die verwaltungsgerichtliche Verfolgung einen neueren Rekord. Die heikleren Strafen blieben teilweise auf das Ende des Jahres 1909. Die Angelegenheit des Streikgesetzes tauchte in den Plänen der Regierung Ende 1909 wieder auf, doch konnte dem mit Hilfe des Massenstreiks vom 31. Dezember 1908 und der hierauf folgenden Bewegungen vorgebeugt werden. In jenen Industriezweigen, wo sich eine teilweise Wirtschaftskonjunktur zeigte, war ein Aufschwung der Arbeiterbewegung zu verzeichnen (Bauarbeiterstreiks, Zunahme der Arbeiterorganisationen in der Bauindustrie, der Streik in Brennbergbánya). In Ausnutzung des Kräfteverfalls der industriellen Arbeiterschaft im Jahre 1909 unternahm die Koalition mehrere Versuche ihre Massenbasis mit Hilfe des Nationalismus und Klerikalismus auszuweiten. Ohne dass sie fähig gewesen wäre die für sie ungünstige Richtung auf diesem Gebiet umzudrehen, vermochte sie – namentlich in der Provinz – (z. B. in Makó) im Kreise der Agrarproletarier-Bewegungen einen gewissen Erfolg aufzuweisen.

Die Parteileitung der SDP entlarvte auf dem Kongress im Frühjahr 1909 die Machtsicherungsversuche der Koalition und die Heuchelei der Regierung in der Bankfrage, kritisierte aber auch die Opposition der Unabhängigkeitspartei, weil sie sich erbötig gemacht hatte. Die Vertiefung der Koalitionskrise und dann die Demission der Regierung hob die Politik der SDP aus der Periode der Erlahmung heraus. Diese Wendung hielt der ungünstigen Gestaltung des gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Kampfes gleichsam das Gleichgewicht. Zugleich belebte sie noch mehr in der Partei die Illusionen bezüglich des Königs. Die Parteileitung wollte die Verfolgung der Gewerkschaften anfangs durch die verfehlte Parole einer Aufhebung der gegenseitigen Abhängigkeit von Partei und Gewerkschaften, durch den einseitigen Ausbau der freien Gewerkschaften abwehren. Dies bedeutete ideell auch ein Zugeständnis der Koalitionsregierung gegenüber. Anlässlich der Konferenz der hauptstädtischen Parteiorganisationen, in der erleichterten Atmosphäre des Monats Mai, wagte sich die Opposition schon demgegenüber aufzutreten und betrieb vor allem einen Ausbau der Parteiorganisationen. Zu dieser Zeit wurde der Mangel der Rezeption bzw. die

Zurückwerfung des Leninismus besonders spürbar. In der zweiten Jahreshälfte gelangten die Arbeiterbewegungen der Hauptstadt den Wendepunkten der Koalitionskrise immer näher und verknüpften sich zusehends mit diesen. Den Zusammenstößen auf den Strassen trachtete die Parteileitung in der Überzeugung aus dem Wege zu gehen, dass der Sturz der Koalition die Lösung der Probleme fördern werde. Die aufpulvernde Wirkung der Spaltung der Unabhängigkeitspartei im November 1909, die sich sprunghaft steigernde Nachfrage nach den Pressepublikationen der Partei, die Belebung der Jungarbeiterbewegung, das zahlenmässige Anwachsen der Arbeiterklasse und andere Faktoren waren bereits die frühen Vorboten eines neueren Aufschwungs.

Die Zerbröckelung der wirtschaftspolitischen Grundlage der Koalition und das Zustandekommen neuer wirtschaftspolitischer Sammelpunkte der herrschenden Klassen

Die Geschichte der letzten Gesetzesvorlagen und Gesetze der Koalitionsregierung in den Jahren 1908–1909 veranschaulicht das Aufeinanderstossen der wirtschaftlichen Interessenkreise der Koalition und die Verschärfung ihrer mit der Regierung geführten Auseinandersetzung. Da diese auch die Lebensbedingungen der Volksmassen betrafen, diente ihre Ausarbeitung auch einer Widerlegung der auf längere Sicht bezüglichen Reformansprüche der Koalition. Nach mehreren Gesetzen industriellen Charakters eröffnete der Grossgrundbesitz, der seine Positionen bis 1908 gefestigt hat, eine besonders agrarisch gefärbte Epoche der ungarischen Gesetzgebung. Das Spiritussteuergesetz provozierte durch die Zurückdrängung der industriellen Brennereien, das Weingesetz durch die Bestrafung der Kaufleute, das Besitzregelungs- und Zusammenlegungsgesetz, sowie das Gesetz über die Förderung der Tierzucht durch Privilegisierung der Grundbesitzer den Zorn des „städtischen“ Kapitals. Das Gesetz über die Förderung der Hauptstadt vermochte diesen kleinen Gesetzen des Jahres 1908 nicht in entsprechender Weise das Gewicht zu halten, obwohl die Regierung ein derartiges Gleichgewicht angestrebt hat, daher kann ihr Standpunkt, ihre wirtschaftspolitische Richtlinie nicht einfach mit dem OMGE (Ungarischer Landesagrikulturrein) identifiziert werden. Das dem Arbeiterbedarf der Latifundien entsprechende Auswanderungsgesetz, das wegen der Kriegskrise Ende 1908 und Anfang 1909 vorgelegt wurde, trug namentlich durch seinen sehenswürdigen Misserfolg zur Zersetzung der Interessenkreise der Koalition bei.

Die Sache des Ansiedlungsgesetzes begann die Regierung erst dann zu betreiben, als es sich herausgestellt hat, dass sie sich vor dem Druck der Volksbewegungen in den Jahren 1906–1907 nicht mit weitgehenden Parzellierungs- und Bodenreformplänen schützen muss. 1908 wurde die Ansiedlungssache der Parzellierung vorgezogen (obwohl sie mit dieser verknüpft war). Das Arzneimittel des Dorfes suchten die Grossgrundbesitzer von nun an weniger in der Umgebung der Besitzungen, sondern eher in der Besiedlung ferner gelegener Gebiete. Die Vorlage des Jahres 1909 folgte den Spuren des Entwurfs vom Jahre 1903, doch unterschied sie sich vom

letzteren in der Betonung einer Priorität der Dorfreichen und Mittelbesitzer und im besser ausgearbeiteten Interessenschutz des Grundbesitzes, auch setzte sie einen höheren Unterstützungsbeitrag voraus. Die Siedlungsaktion lebte 1908 – 1909 auch durch Inanspruchnahme verschiedener Kredite neu auf, allerdings noch ohne ein neueres Gesetz. Durch diese Welle entfaltete sich ein Ansiedlungsversuch grösseren Ausmasses, als zuvor, aufgrund des gültigen Siedlungsgesetzes. Die Kommentare der Regierungspartei, welche die Siedlungsvorlage bejahten, übergingen die einen Kauf darstellende Parzellierung und achteten auch bei der Ansiedlung auf den Mittelbesitz, womit sie dies Absichten Darányis richtig auslegten. Die Sozialdemokratische Partei, die Bauernpartei und die Bürgerlich-Radikalen wiesen den Entwurf der Errichtung „Bauerlicher Fideikomisse“ zurück. Der Gesetzentwurf über die Ansiedlung trug schliesslich die Streitfrage in den eigenen Kreis der Agrarier hinein und führte zu argen Gegensätzen unter den Grossgrundbesitzern. Dies wurde eine der Ursachen des politischen Erdrutsches innerhalb des OMGE (Ungarischer Landesagrikulturrein). 1908 war Aurél Desseffy unter dem Druck der Angriffe Żeleńskis gezwungen abzudanken.

Die OMGE-Neuwahlen vom Februar 1909 gerieten in den Mittelpunkt der Parlamentspolitik. Desseffy schlug im Einvernehmen mit den Anhängern der Unabhängigkeitspartei Żeleński gegenüber seinem Verwandten Mihály Károlyi als Vorsitzenden vor. Károlyi trat vor dem älteren Żeleński freiwillig zurück und willigte erst letzten Endes seiner Kandidatur zu. Politisch betrachtet stiessen in dieser Wahl die Leitungen der durch die Gruppe Károlyi – Desseffy vertretenen Verfassungspartei, Volkspartei und der offiziellen Unabhängigkeitspartei mit den durch die Żeleński-Gruppe repräsentierten Altliberalen und den schon zu ihnen übergehenden Koalitionisten zusammen. Żeleński erhielt fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen: er fiel „glänzend“ durch und spornte damit die Organisierung der Altliberalen an. Der Sieg Károlyis rettete die Darányi'sche Richtlinie in der Leitung des OMGE, der OMGE aber geriet grösstenteils mit sich selbst in Konflikt, was ein ausserordentliches Phänomen war. Mihály Károlyi, Mitglied der Unabhängigkeitspartei, trachtete die Koalitionsregierung zu retten, missbilligte das Vorgehen in der Bankbewegung. Károlyi begann also seine Interessenvertretungs – politische Rolle von Landesbedeutung nicht als Oppositionspolitiker und nicht als Opponent seiner eigenen Partei. Die Rolle als Vorsitzender des OMGE beeinträchtigte seine politische Entwicklung nachteilig. Trotz seiner Begabung und seiner eher latenten Neigungen wandte er sich jetzt eine Zeitlang weniger nach links als vielmehr nach rechts. Ende 1909 und anfangs 1910 isolierte er sich politisch. Formell schloss er sich keiner Unabhängigkeitspartei an. Seine OMGE-Gefangenschaft löste sich erst nach Konstituierung der Regierung Khuen – Héderváry.

Die wirtschaftspolitischen Gegensätze der Koalition entfalteten sich auch in den Gefilden der Agrarier in einer, eine Periode abschliessenden Weise. Der Strom der Grossgrundbesitzer zur neuen Tisza-Partei setzte ein. Die mächtige Gewerbegesetzvorlage stiess namentlich die Klein-

gewerbetreibenden von der Koalition ab. Die Vorlage wurde nur vom OMGE unterstützt. Sogar die hauptstädtische Handelskammer qualifizierte einige Verfügungen bezüglich des Arbeitwesens für veraltet. Die sieben Steuergesetze Wekerles riefen im Bereich des Handels- und Industriekapitals eine förmliche gesellschaftliche Bewegung hervor. An ihre Spitze stellte sich Sámuel Glückstahl, der Anwalt der OMKE (Ungarische Landeshandelsvereinigung), hinter dem bereits unmittelbar der wirtschaftspolitische Experte Tizsas, Sándor Hieronymi die Aktion lenkte. Die in den Jahren 1908–1909 anschwellende Protestbewegung gegen das Steuerwesen vermochte auch auf die Holló-Gruppe, ja sogar auf die Linkspartei einen gewissen Einfluss auszuüben. Holló setzte sich gegen eine strenge Bestrafung der Bankiers und Kaufleute ein, beziehungsweise forderte er eine Ermäßigung der Grundsteuer. Für ersteres zollten ihm die Bürger, für letzteres die Grundbesitzer Applaus. Die Angelegenheit der Steuergesetze stellte die gesellschaftliche Doppelzüngerei Hollós in ein grelles Licht (die zeitgenössischen Bewertungen der Sozialisten nahmen nur sein Agrarierantlitz wahr). Holló ist der den Grundbesitzern verbundene Politiker, der in seiner Partei die Schlüsselperson einer Aufrechterhaltung der Beziehungen zum städtischen Kapital war. Es kann besonders bei der Protestbewegung der Kaufleute und Industriekapitalisten beobachtet werden, dass die Anhänger Tizsas die Unzufriedenheit der verschiedenen Interessenvertretungen zu einem unmittelbaren politischen Kapital schmiedeten, während sie mit Zugeständnissen an die Wirtschaftspolitik der Koalition und unbegründeten Versprechen nicht geizten.

Die Arbeitspartei sollte zuerst im Jahre 1909 unter der Bezeichnung „Partei der Gewerbetreibenden und Kaufleute“ gegründet werden. Im Laufe der letzten Gesetzesdebatten ging demnach unter den wirtschaftlichen Interessengruppen der Koalition nicht allein eine Dekonzentration, sondern zugleich auch eine Konzentration auf geänderter wirtschaftspolitischer Plattform mit einer neuen politischen Färbung vor sich. Während das kollektive Wirtschaftsprogramm der Koalition aus dem Abschluss eines, die Agrarier begünstigenden wirtschaftlichen Ausgleichs, der Sicherung möglichst günstiger Aussenhandelsverträge im Zusammenhang mit den Agrarzöllen, einer den Ansprüchen des Grundbesitzes angepassten Industrieförderung und einer Unterstützung der Landwirte bestand, standen im wirtschaftspolitischen Sammelpunkt einer nebelhaft bereits erscheinenden Ära der Arbeitspartei der Antiagrarisismus des Finanzkapitals, der in Bestreben zusammentraf, das gemeinsame Zollgebiet maximal auszunutzen und – andererseits – der Ultra-Agrarisismus, die für einige Zeit als zusätzliches Element die kleinstbürgerlichen und volksbetörenden wirtschaftlichen Parolen der Koalition fast ausnahmslos übernommen haben, so z. B. die demokratische Steuerreform, das bessere Gewerbegesetz, die wirksamere Ansiedlung, die endgültige Regelung der Balkanverträge. Erst später stellte es sich heraus, dass Tizsa die Unzufriedenheit des städtischen Kapitals, der Kleingewerbetreibenden und der Grundbesitzer-Ultras zum Grossteil ausgenützt hatte. Die Arbeitspartei lieferte keine demokratische Steuerreform, kein besseres Gewerbegesetz, die Ansiedlung und Parzellierung hin-

gegen liess sie bis zur Bedeutungslosigkeit schrumpfen. Die im Jahre 1909 verbittert gewesenen Interessenvertretungen erkannten es erst nach Jahren klar, dass die beiden Regierungssysteme verwandten Charakter haben. Vor dem Weltkrieg begann der Ungarische Landesverband des Handels (OMKE) die Wirtschaftsgesetze der Koalition wieder zu idealisieren. Von letzteren geht es aus der zeitgenössischen Publizistik niemals klar hervor, dass sie Kompromissgesetze waren, allerdings herrschte in ihnen die agrarische Färbung vor.

Die Aussenhandelsverträge (1907 – 1909)

Auf Initiative der gemeinsamen Regierung musste die Angelegenheit Zollkriegs früher bereinigt werden, als dies die ungarische Koalition vorausgesetzt hatte. Das gemeinsame Aussenministerium war natürlich nur aufgrund genau umschriebener Bedingungen, Industrie- und Handelsansprüche geneigt den Konflikt in irgendeinem Ausmass zu ebnen (dieses letztere Moment erscheint in der neueren jugoslawischen Geschichtsschreibung blasser denn nötig). Da die ungarischen Agrarier ausserstande waren der Regelung innerhalb bestimmter Grenzen den Weg zu versperren, konzentrierten sie ihre Anstrengungen darauf, dass die mit Serbien zustandekommenden Abkommen ihre Interessen möglichst streng wahren. Die Aufgabe war eine zweifache: die neuen Agrarzölle innerhalb der Monarchie durch Serbien anzuerkennen lassen und die Vieheinfuhr zu beschränken. Es war die ungarische Regierung, wer 1907 die erste Zahlenreihe des für erwünscht erachteten Kontingents des Viehumsatzes beschloss. In dem im März 1908 zustandegekommenen Provisorium anerkannte der serbische Staat tatsächlich die erhöhten Agrarzölle der Monarchie und erhielt demgegenüber durch eine interimistische Regelung das Importrecht. Das Nahen der Annexionskrise beschleunigte das Zustandekommen des Provisoriums. Die spätere Kriegskrise wirkte hier in entgegengesetzter Richtung. Sie behinderte den Abschluss des endgültigen Vertrags. Der Monat März des Jahres 1909 wurde zu einem – wenn auch nicht zum bedeutendsten – Gipfelpunkt des im engeren Rahmen weitergeführten Zollkrieges. (Von seiten der jugoslawischen Geschichtsschreibung wird diese Periode irrtümlich bald als Proklamierung des Zollkrieges, bald als die am meisten verschärfte Phase des Zollkrieges qualifiziert.).

Vom April 1909 gerieten die Beziehungen für kurze Zeit wieder in das Geleise der Vorhandlungsebene vor dem Provisorium. Die „starke Minister“ der Koalition haben sich kollektiv verrechnet, als sie ihre Pläne, aufgrund ein schrofferen Zollpolitik als die der gemeinsamen und der österreichischen Regierung, auf ein Hinausschieben des endgültigen serbischen Vertrags aufbauten. In dieser Beziehungen ging auch Ferenc Kossuth sehr weit: in der sich zuspitzenden Auseinandersetzung der Agrarier und der städtischen Kapitalisten stellte sich der Handelsminister auf die zollpolitische Plattform der Agrarier. Ein Beweis für die städtischen Beziehungen Hollós ist, dass er hierin Ferenc Kossuth nicht folgte.) Entgegen der tatenlosen und zuwartenden Regierung wandten sich die an einem definitiven Abschluss der Aussenhandelsverträge interessierten Kreise an

den Khuen-Héderváry'schen Flügel der Altliberalen, der auf eine Zollpolitische Aktivität drängte. (Tisza war – gleichsam die Politik einer doppelten Umzingelung folgend – in der Zollfrage ein Mann der schärferen Bedingungen.) Die vollständige, beziehungsweise teilweise Grenzsperre schuf für die Waren Ungarns agrarischen Charakters in Österreich einen grösseren Markt. Sowohl in Ungarn wie auch in Österreich steigerte sich die Inanspruchnahme des ungarischen Viehbestands. Eine Wirkungsrichtung der gehäuften Zölle war die Beruhigung, eine Förderung der Bequemlichkeit des Grossgrundbesitzes. Eine andere Wirkungsrichtung dieser aber war die Anspornung der Produktion. Die höheren Preise belasteten die Volksmassen.

Vor allem durch die Annexionskrise wurde es aktuell, dass der in Vorbereitung befindliche rumänische Vertrag rascher, nötigenfalls auch zu Lasten des serbischen Vertrags unter Dach und Fach gebracht werde. Nun aber begann die rumänische Regierung – in der Hoffnung noch günstigere Bedingungen zu erzielen – den Abschluss des Vertrags hinauszuziehen. Praktisch wurde in den Krisentagen über einen Austausch des serbischen Vertrags gegen einen rumänischen Vertrag verhandelt. Unter einem gewissen Druck der gemeinsamen Regierung stimmte die ungarische Regierung unerwartet einem grossen rumänischen Viehimportkontingent zu, das dem serbischen Vertrag kaum noch Raum übrig liess. So kam im April 1909 der endgültige Vertrag mit Rumänien, vor Abschluss des serbischen Vertrags zustande. Noch zur Zeit der Koalition wurde der Gesetzesantrag über den rumänischen Vertrag fertiggestellt. Die Regierung Khuen-Héderváry trat mit der Parole einer vollständigen Abschliessung der Aussenhandelsverträge auf, riss die Initiative auch auf diesem Gebiet an sich, schloss den serbischen Vertrag aufgrund beachtenswerterer Rahmenciffern endgültig ab, sodann liess sie durch die gewesenen Koalitionspolitiker ihren eigenen, mächtige Posten enthaltenden rumänischen Vertrag akzeptieren, mit dem die Regierung das ursprünglich geplante Gesamtkontingent in der Weise ein wenig überschritten hat, dass die Koalitionisten eher nur sich selbst beschuldigen konnten. Wenn die Koalition die Angelegenheit der Verträge auch nicht in allem geregelt hat, schaffte sie hierzu die Grundlage. Damit sicherte sie auch gegenüber dem Balkan die Vorbedingungen für ein auch ihrerseits erwünschtes zollpolitisches Gleichgewicht. So begann aus dem gemeinsamen Programm der Koalition ein neuerer Programmpunkt überholt zu werden.

Die Kriegsgefahr und die Politik Ungarns im Jahre 1909

Die Monarchie geriet nach längerer Zeit im Jahre 1908 zuerst in die Reichweite eines europäischen Krieges. In Ungarn begann in diesem Jahr die kräftigere Aufrüstung. Die kriegsrische Spannung verbesserte vorübergehend und auf bestimmten Gebieten die Beziehungen der beiden Regierungen. Die Elemente der Annäherung erinnern an die Verschiebungen während des ersten Weltkriegs. Die Koalitionsregierung war mustergültig auf die Kriegsvorbereitungen bedacht und verschaffte sich dadurch, auch

im Vergleich mit der österreichischen, das Lob des Herrschers. Die Altliberalen schlossen sich in dieser Beziehung dem Kabinett Wekerle an. An der Spitze der antimilitaristischen Volksbewegung, die durch die Gefahr ausgelöst wurde, stand die Sozialdemokratische Partei. Neben ihr trat die sich als „revolutionär-sozialistisch“ bezeichnende Richtung ebenfalls kräftiger in Erscheinung, deren Mitgliedsgruppen zur Zeit der Annexionskrise neu aufgebaut wurden und sich ausbreiteten. Der Gipfelpunkt der Organisation der „revolutionär sozialistischen“ (anarchistischen) Richtung war der Monat März im Jahre 1909. Die zweite Jahreshälfte bedeutete für die „revolutionären Sozialisten“ einen Niedergang. Als die Kriegsgefahr überwunden war, wurde die Schwäche ihrer Ideenwelt offenbar („unpolitische freie Organisation“). Die Bewegung erlitt für Jahre eine Niederlage.

Die Kriiskrise verursachte Unruhe im Kreis der Bevölkerung, die auch den Einlagenbestand der Sparkassen berührte. Der mit dem Feind sympathisierende Gőza Győni, die rebellischen Reinitz und Ady, die antimilitaristischen Wandbemalungen, die Flugzettel und Plakate, der Massenkampf der Sozialisten, — im anderen Lager aber die Dienstbeflissenheit der Regierung, die auch in der Erklärung István Apáthys zum Ausdruck kommende, in einem Bühnenbild wie zu Maria Theresias Zeiten erfolgte Anerbietung der Unabhängigkeitspartei für einen historischen Augenblick, warf die Stimmung der ersten Weltkriegs, ja sogar dessen persönliche Kriegsstellungen gespenstisch voraus. Andrassy geriet schon fast in die Beisszange seiner eigenen Politik. Öffentlich-rechtliche Theorie und politische Praxis verwickelten sich im Verhalten Andrassys nur selten so sehr, wie anlässlich der Debatte des Notgesetzes über den Kriegszustand im März 1909. Den Entwurf unterstützte die Regierung — in Anbetracht der Kriegsgefahr — grundsätzlich verschieden, fand jedoch dessen Verfügungen rechtlich, hinsichtlich der verfassungsmässigen Garantien für verletzend. Nach Beendigung der Krise liess der Herrscher den Entwurf ad acta legen, um zur geeigneten Zeit, unter Berufung auf den Krieg, die Zurücknahme der Verfassungsgarantien zu erzwingen. Hierauf folgte nicht die Ruhe des Friedens, sondern eine Periode des gemässigten, konstanten Empfindens der Kriegsgefahr.

Im Jahre 1909 wurde die Nationalitätenpolitik in mehreren Punkten kräftig der Aussenpolitik untergeordnet. Der Agramer Prozess war eine typische Erscheinung der Annexionskrise. Zu dieser Zeit entsprangen die bedeutenderen Prozesse der kriegerischen Spannung. Vom April 1909 an liess sich die Regierung in der Agramer Angelegenheit Zeit, obwohl sie genötigt war diese mit sich zu schleppen. Die österreichische bürgerliche Geschichtsschreibung schob die Verantwortung für den Agramer Prozess unbegründet ausschliesslich auf die ungarische Regierung; gleichzeitig er scheint in unserer Geschichtsschreibung bis in unsere Zeit jene unrichtige These, wonach der Prozess das alleinige Verschulden der gemeinsamen Regierung war. In Wirklichkeit gingen die beiden Kabinette Hand in Hand und im Einvernehmen vor als der Prozess eingeleitet wurde und teils auch in dessen Austragung. Die beiden sich entschuldigenden Regierungen begannen einander wegen der Prozesse erst nach der Annexionskrise zu

beschuldigen. Zur – keineswegs dramatischen – Meinungsverschiedenheit der Regierungen trug auch der Umstand bei, dass im Friedjung-Prozess auch die ungarische Unabhängigkeitspartei beschuldigt wurde. Khuen-Héderváry, der bei der Ausarbeitung der am „kroatischen Paragraphen“ und an der Ausgestaltung der Macht des Rauch-Systems mitgewirkt hatte, kam die Konkursmasse der Prozesse in paradoxer Weise zustatten. Er konnte als neu ernannter Ministerpräsident – mit Zustimmung des Herrschers – zu Gunsten der Südslawen Recht sprechen. Der Kampf gegen die kroatisch-serbische Koalition vom Jahre 1909 hatte eine serbenfeindliche Spitze. Die Regierung verschärfte auch ihre kroatische Politik (das Jahr 1909 war der Glanzpunkt der Julian-Aktion), doch angesichts der Kriegsgefahr war sie darauf bedacht, dass sie in der Empörung der Kroaten nicht zu weit gehe. In ihrer Praxis erschien es als ungewöhnlich, dass sie in die Tätigkeit der Aktionen auf dem Gebiet des Schulwesens dämpfend eingegriffen hat. In der zweiten Jahreshälfte 1909 wurde die kroatische Politik des Kabinetts wieder „gewagter“. Die gemeinsame Regierung (und das österreichische Ministerium) waren in ihrer kroatischen Politik zur Zeit der Krise umsichtiger als die ungarische Regierung. Die Kriegsgefahr erweiterte den Beziehungsbereich der slowakischen Politik und brachte diese mit Hilfe des tschechischen Magneten dem politischen Leben Österreichs näher. Die rumänische Nationalpartei forderte bereits verschiedene Bedingungen für ihr Beharren bei der Monarchie. Die slowakische Frage, die in den Jahren 1906 und 1907 eine hervorragende Rolle gespielt hat, entzug sich für lange Jahre dem Mittelpunkt des Interesses der Regierung, statt dessen begann – von den Nationalitäten Ungarns – eine lange Reihe rumänischer Verhandlungen. Der Sommer 1909 stand im Zeichen der sich steigernden rumänischen Gegensätze.

Die Koalition und mit ihr die Unabhängigkeitspartei wurden in ihrer Führungsrichtung durch die Krise militaristischer gestimmt. In den Monaten der Spannung entstanden wegen des Gesetzes über die Ausnahmezustände und in anderen Angelegenheiten sogar Reibungen mit dem Hof. Franz Joseph erkannte es aufgrund der aus der Krise gezogenen Lehren noch klarer, dass er hinsichtlich eines eventuellen Weltkonflikts gegenüber der Koalition der Garnitur der Liberalen Partei den Vorzug geben muss.

Die Demission des Koalitionskabinetts und der Beginn seiner Übergangsregierung. Die erste Phase der Versuche zwecks Bildung einer Regierung der neuen Koalition (April–Juni 1909)

Nach der dauernden Krise der Koalition begann im April 1909 die Periode ihres Endkampfes mit beschleunigtem Verlauf. Die neuen Merkmale der umfassenden Regierungskrise waren die folgenden: die Verfassungspartei fiel bei Hof in Ungnade, das Aufwerfen der Kabinettsfrage in der Praxis, die Schritte des Hofes um vor allem die Altliberalen in die Regierung zu bringen, ein Kombinativplan dessen: der Versuch eine von ihnen gerührte Koalition zustandezubringen (öffnen nach rechts – mit einem

geringen öffnen nach links), Aufkommen der Zerwürfnis innerhalb der Unabhängigkeitspartei, Verschiebungen in der Stimmung der Koalition zu Gunsten der Altliberalen beziehungsweise Jusths. Der Endkampf der Koalitionsregierung kann keineswegs auf die inneren Probleme der Unabhängigkeitspartei vereinfacht werden. In diesem Prozess gilt zumindest als gleichrangiges Element die Konzentrationsbestrebung der Siebenundsechziger-Richtungen. Die Koalition demissionierte im April 1909 nicht so sehr, sie wurde vielmehr vom Herrscher zur Demission aufgefordert, nachdem er nach langem Zuwarten ihre sämtlichen Ansprüche auf Zugeständnisse abgewiesen hat. Der Demission am 25. April ging nicht unmittelbar die Demonstration der Bankengruppe voran, welche diese auslösen hätte können. Franz Joseph beließ jedoch die Minister einstweilen noch im Amt, um während der Übergangszeit sein Hauptziel, den Zusammenschluss der Siebenundsechziger erreichen zu können. Zwischen der Demission der Regierung und dem Ausweiten des Kreises der Bankgruppe besteht ein enger Zusammenhang. Die Radikalisierung der Unabhängigkeitspartei erfolgte nicht wegen der Zunahme der Landeskkräfte der Partei (wie dies in den Jahren 1903–1905 der Fall war). Im Gegenteil: es handelte sich jetzt um eine Verbitterung wegen des Positionsverlustes.

Die Bankengruppe erreichte bis zum April 1909 noch nicht die Mehrheit in der Partei. In Mai kräftigte sie sich schwungvoller, anfangs mehr unter dem Namen Holló's, als unter dem von Justh. Anfangs Juni 1909 zeichnete sich die „Mehrheitsgefahr“ der Bankengruppe unter den Abgeordneten ab, um Ende Juni auch die Mehrheit des Abgeordnetenklubs mit sich zu reißen. Kossuth nahm damals in der Partei keinen Mittelplatz zwischen Justh und Apponyi ein, sondern er stand an der Spitze des Kampfes gegen die Bankbewegung. Der Hof trachtete die inneren Auseinandersetzungen der Unabhängigkeitspartei zu seinen Gunsten auszunützen: er versuchte es erst mit Justh, dann mit Ferenc Kossuth als hypothetischen Partnern in einer neuen Koalitionsregierung. Justh versuchte man auch mit nationalitätenpolitischen Gründen weich zu machen. Im Gegensatz zu Kossuth nahm Justh eine wesentlich ausgedehntere Wahlrechtsreform als die plurale auf sich, die Bankforderungen Jusths akzeptierte jedoch der Hof nicht. Die Kossuth-Kombination in der Reformfrage wurde hauptsächlich dadurch verhindert, daß er selbst eine unter seiner Führung stehende Regierung erhoffte. Die Demokratisierung der Linkspartei machte 1909 Fortschritte, doch zögerte sie gegenüber ihrer Mutterpartei und gelegentlich auch der Regierung gegenüber: sie flehte um eine radikale Entscheidung – auch bei Ferenc Kossuth. Die Konferenz der Unabhängigkeitspartei Anfang Juli vermochte die Gegensätze noch zu überbrücken. Es bildete sich nicht irgendeine, sondern eine eigentümliche Mehrheit der Bankengruppe: sie waren nur im Urgieren einer Sonderstellung der Banken einer Meinung, was jedoch die Reinigung der Partei und eine eventuelle Parteispaltung betraf, nicht.

Vorbereitungen der Siebenundsechziger-Regierung. Die zweite Phase des Versuchs einer neuen Koalition (Juli – Dezember 1909)

Die ultimatumartige Antwort des Herrschers auf die Verhandlungen vom Juni und der an Lukács erteilte geheime Auftrag zur Vorbereitung einer Regierungsbildung mit einer Majorität der Siebenundsechziger brachten in das politische Leben ein neues qualitatives Element. Als Folge der Wendung verkündete die Linkspartei im Juli 1909 die Notwendigkeit einer republikanischen Partei und „das 49“, obwohl sie den in der Mutterpartei eingetretenen Waffenstillstand guthieß. Jusths Person trat in diesem historischen Augenblick mehr in den Vordergrund und verdeckte endgültig, die Gestalt Holló's. Im September 1909 spielte die Bankbewegung (nunmehr genauer ausgedrückt die Mehrheit der Justh'schen Richtung) eine grössere Rolle in der neuerlichen Demissionierung der Regierung als im April des gleichen Jahres. Die Strassendemonstrationen der SDP schoben sozusagen die Parlamentsopposition vor sich. Doch den Sozialisten der Hauptstadt gelang es nicht „die Koalition des Lichtes“ zustandezubringen: die Linkspartei wies die Einladung zur Teilnahme an ihrer Volksversammlung im September zurück. Einen Zusammenschluss mehrerer Parteien regten die Sozialisten an, sie waren die elastischeren. Die ihren Rücktritt planenden Minister der Verfassungspartei und Wekerle wollten in Richtung des Siebenundsechziger-Lagers den Raum öffnen. Franz Joseph erachtete, nachdem er die Koalition aus dem sicheren Sattel gehoben hatte, den Zeitpunkt für den Rücktritt der im wesentlichen Beamtenregierung für vorfrüht, und zwang die Minister – schon wegen des Druckes der Opposition – einstweilen noch in ihrem Amt zu verbleiben. Im Oktober kam es zu neuen Koalitionsverhandlungen zwischen István Tisza und der Andrassy-Wekerle-Kossuth-Richtung, die Wahlrechtsreform stellte jedoch wiederum ein Problem dar. Franz Ferdinand mobilisierte sogar den Kaiser Wilhelm zur Vereitelung der Kombination, schliesslich aber verschaffte sich die Justh'sche Richtung, die eifersüchtig geworden war, in den ersten Tagen des Novembers Luft für ihre Unzufriedenheit hauptsächlich wegen der den anderen Flügel der Partei berührenden Verhandlungen.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung brachte die Bewegung der Justh'schen Richtung nur mit der – im übrigen wichtigen – Bankfrage in Verbindung und übergang den seit Anfang 1909 bestehenden Wettstreit der beiden Fraktionen um die Gunst der Dynastie. Was jedoch bei Justh ein aus der Vergangenheit zurückgebliebener, schwerer politischer Fehler war, das war bei Ferenc Kossuth das Wesen seiner Politik. Die „Werkstatt“ Franz Ferdinands milderte sich im November 1909 Justh gegenüber. Es spricht kein Anzeichen dafür, dass sich die Bewegungen der Justh'schen Richtung Anfang November eine Splatung der Partei zum Ziel gesetzt hätten und noch weniger dafür, dass die Mehrheit aus der Partei austreten wollte. Die Kraftdemonstration vertrug sich mit den alten Zweifraktions-Traditionen der Partei. Holló nannte Ferenc Kossuth noch den Führer der Partei. Justh zog über die Regierung der Koalition eine eher zufriedene Bilanz. Der Angriff gegen die „Plutokratie“ mit einem starken agrarischen

Akzent trennte Justh doch vom Grossbürgertum. In seiner Kritik begann auch schon ein anderes kleinbürgerliches Vergleichssystem aufzuschimmern. Zur Parteispaltung entschied sich Ferenc Kossuth. So lange er die Majorität für sich wusste, hütete er sich eine Spaltung anzuregen. Mit der Minorität trat Ferenc Kossuth aus der Partei, die Mehrheit der Mutterpartei machte Justh zu ihrem offiziellen Führer. In der Mutterpartei verblieben wesentlich mehr als die stabilen Anhänger Jusths: die Abgeordneten „placierten sich“. Die Spaltung der Unabhängigkeitspartei stiess die Somogyer Landwirtebewegung des István Szabó, deren Presse im Oktober die Justh-Richtung angegriffen hatte, von der Ferenc Kossuth'schen Gruppe ab.

Zur konstituierenden Versammlung der Landwirtepartei im November 1909 kam es schon im Schatten der Justh'schen Mutterpartei, unter deren Einfluss. Einem eigentlichen Überhandnehmen der Justh'schen Richtung innerhalb der Partei zog die Zusammensetzung ihrer Abgeordnetengarde und ihrer örtlichen Leiter eine Grenze. In dieser hatten die „Mittelbesitzer“, die Agrarkaufleute, die Bürger der Marktflecken, die Handwerker und die reichen Bauern eine Vorrangstellung. Hinter der engeren Richtung Jusths stand also nicht die Mehrheit der Grossgrundbesitzer und der städtischen Grosskapitalisten, Justh war nicht deren Fürsprecher. Diese frische und uralte Bourgeoisie der Unabhängigkeitspartei wird erst dann einen grösseren Einfluss auf die Politik haben, wenn der Krieg die Stimmung der Gesamtheit der herrschenden Klassen ändern wird.

Das grösste Erfolgserlebnis der SDP war zur Zeit der Koalitionsregierung die Spaltung der Unabhängigkeitspartei. Die Parteileitung charakterisierte genau die sich in der Unabhängigkeitspartei ausgestaltete Situation, während sie die Justh-Partei zu einer demokratischeren Politik anrief. Im Dezember 1909 kam es in Versec gelegentlich zu einer gemeinsamen Volksversammlung der Sozialisten und der Justh-Partei. Die SDP stellte bei weitem nicht kritisch genug die Erneuerung der liberalen Partei fest, immerhin hatte aber die ihrerseits gelenkte Volksbewegung eine wichtige Rolle in der Erzwingung der demokratischen Taktik Khuen-Héderváry's. Das Ansehen Tiszas nahm im Herbst 1909 im Kreise seiner alten Anhänger, zum Teil aber auch in dem seiner Gegner einen grösseren Aufschwung als je zuvor. Die Tisza-Renaissance mag in ihrer Periode der Jahre 1910 – 1911 allgemeiner gewesen sein, mit der Frische einer Sensation wirkte jedoch seine „Popularität“ im November-Dezember 1909. Während Anfang 1909 Tisza der Partei Andrásys beizutreten wünschte, war es im Herbst schon die grösste Sorge Andrásys, dass Tisza seiner Partei beitrete und diese hinüberrette. Ein Zustandekommen der Regierung Tisza im November 1909 verhinderte hauptsächlich der Umstand, dass István Tisza das Wahlrechts Angebot Khuens für ein „Manöver“ hielt, namentlich nach dem er anlässlich einer Beratung mit dem Herrscher in Erfahrung brachte, dass Franz Joseph „kein Gewicht darauf legt, dass die radikalste Lösung gesucht werde“. In besserer Kenntnis der allgemeinen Stimmung hielt Khuen-Héderváry daran fest die Methoden der Fejérváry-Regierung zum

Teil weiter anzuwenden, wozu er nach einiger Zeit auch die Zustimmung des Herrschers erhielt. Im Dezember 1909 pflegte Khuen schon Verhandlungen über die Bildung einer reinen Siebenundsechziger-Regierung; er versicherte Andrassy, dass er sich trotz seines Programms bezüglich des allgemeinen Wahlrechts „für ein allgemeines und gleiches Stimmrecht nicht begeistert“ und er die Absicht habe sein Versprechen mit der Zeit eventuell zu ändern. Andrassy hingegen, der gerne mit Tisza eine Regierung gebildet hätte, versicherte Khuen bloss seiner Unterstützung (er war namentlich wegen der Reform besorgt). Parallel hierzu unternahm der Herrscher – von parlamentarischen Überlegungen geleitet – noch einen letzten Versuch mit der Einbeziehung der Justh-Partei eine neue Koalitionsregierung zustandezubringen. Es war vielmehr ein veraltetes politisches Denken, das Justh Ende Dezember in den Empfangssaal Franz Josephs führte, als das irreführende Vorgehen Lukács's. Die SDP rief Justh mit ihren Demonstrationen und ihrer Propaganda auf, ein demokratisches „Fundament zu legen“. Die Sozialisten schalteten sich im günstigsten Augenblick, unmittelbar vor dem Wiener Misserfolg von Justh, kräftiger in die Beendigung der Odyssee des Unabhängigkeitspolitikers ein. Die Katharsis Jusths wurde nicht allein vom Verhalten des Hofes ausgelöst. Die fortwährende belehrende-helfende Kritik der SDP ermöglichte es, dass das Land im herausführenden Jahr in ihm einen Reformier wiedersehen könne, der in die Periode einer neuen Qualität getreten war.

Um die Jahreswende 1909/1910 begann sich auch die, bis dahin einheitlichste Koalitionsrichtung, die Volkspartei aufzulösen. Eine Gruppe ihrer führenden Politiker wandte sich zu den alten, politisch konservativeren Traditionen zurück. Als die altvolksparteiischen Politiker in den Vordergrund traten, begann jenes Bindemittel einzutrocknen, mit dem die Partei die verschiedenen Zweige der Koalition im Zeichen der statsrechtlichen Gravaminapolitik zusammenzufügen geholfen hat. Die „Rakovszky-Ära“ der Partei ging zu Ende. Von einer anderen Seite führte eine Gruppe der Volkspartei einen neueren, erfolgreicher Versuch zur Umgestaltung der christlichsozialen Bewegung in eine Partei durch. In dem mit der Justh-Richtung zusammenwirkenden Giesswein gewann auch die Volkspartei einen Selbstenthüller. Der Mehrnationalitäten-Charakter der Partei wurde schwächer.

Die Regierungsbildung Khuen-Hédervárys wurde schliesslich dadurch gefördert, dass er sich die Unterstützung, beziehungsweise die Neutralität der Andrassy – Wekerle – Kossuth'schen Koalitionsrichtung zu sichern vermochte. In den entscheidenden Tagen folgte selbst die Mehrheit der Justh'schen Richtung den aus Wien mit dem Bruch heimkehrenden Justh nicht, was im Januar im Verhalten der unabhängigen Mutterpartei zu Unsicherheiten führte. Der Sturz der Regierung der Koalition, die um die Jahreswende 1909/1910 noch bestanden hat, sich jedoch im Zustand einer fortgeschrittenen Zergliederung, innerer Wirrnisse und des Zerfalls befand, wurde vom Zusammenspiel mehrerer Kräfte bestimmt. Der Hauptfaktor, der die Demission und damit den Sturz erzwungen hat, waren der Hof und der geänderte politische Standpunkt der siebenundsechziger Kräfte der

Regierungsparteien. Aus diesem Grund ging der Regierungswechsel mit einer neueren Konzentration vor sich, wie eine solche seit den sechziger Jahren nicht vorgekommen war. Der Platzwechsel der beiden Regierungen war mehr nur auf oberster Ebene durch eine Wechselwirtschaft gekennzeichnet, im übrigen ermöglichte der Zustrom des siebenundsechziger Lagers der Koalition die Festigung der neuen Regierung. Das neue Kabinett erschien in Wirklichkeit nicht so sehr im Zeichen einer neuen Politik, wie in dem der Grundsätze der alten liberalen Partei. Die Garnitur Khuen vermochte aber bis zur Mitte 1910 die politische Niederlage der Koalition endgültig gedachten zu machen, weil sie mit der, der Öffentlichkeit zu-machen Parole des allgemeinen Wahlrechts glaubhaft machen konnte, dass sie das Neue bringt.

Der Zerfall der Koalition, die Wahlniederlage ihrer Parteien und die Festigung der Regierung Khuen (Januar – Juni 1910)

Die liberale Partei, beziehungsweise Richtung, liess die liberalen Elemente ihres eigenen Lagers, ihrer Massenbasis seit ihrem Bestehen noch niemals in dem Ausmass auslaufen wie in der ersten Hälfte des Jahres 1910 (selbst 1905 nicht!). Die Hraschen, nebensächlichen politischen Schritte spielten in der Stabilisierung der neuen Regierung eine grosse Rolle. Khuen vermochte nur mit einer Politik zu siegen, die auch Bedachtheit und Heuchelei umfasste. Diese „lebendige Propaganda“ war vor allem den Massen zugedacht. Die Programmklärung des Kabinetts im Parlament richtete sich auch nach der Koalition: sie wies eher nur Akzentverschiebungen auf. Zugleich war die politische Haupttrichtlinie der Regierung Khuen „die Erweckung der Toten“ im Zeichen einer Kräftigung des Konservatismus und eines kämpferischen Auftretens gegenüber der Justh-Partei. Die Mehrheitsrichtung der herrschenden Klassen war hierzu reif, in ihrer Stimmungen faltete sich eine umfassende Frontenänderung. Die Anerkennung der Mehrheitsrichtung der vornehmen öffentlichen Meinung strömte Khuen zu. Der Ministerpräsident konnte sich sofort die Unterstützung der meisten Komitatsmunicipien sichern. Die wichtigeren wirtschaftlichen Interessenvertretungen boten zu Beginn des Jahres 1910 der neuen Regierungs- und Parteibildung ein weites Feld. (Das Koalitionsparlament, als ein Überrest der alten politischen Kräfteverhältnisse, ist mit seinem Verhalten in dieser Hinsicht weniger kennzeichnend.)

Tisza bezeichnete genauer die aktuellen Interessen der ungarischen herrschenden Klassen, die mit jenen der österreichischen und des Hofes verflochten waren, doch begriff er es, dass Khuens teilweise „Öffnung nach links“ für ihn den Weg reinigt. Tiszas berechnende, zuwartende, Energie aufweisende und steigernde „heimischere“ Politik legalisierte schliesslich im Kreise der Mehrheitsrichtung die vereinigende Sendung der Regierung Khuen. Von seiten der österreichischen Presse, der Diplomatie der Monarchie und der deutschen Presse wurde die Änderung des Regimes in Ungarn kräftig unterstützt. Zwischen Khuen und der engeren „Magnatenkoalition“ entwickelte sich anfangs 1910 ein Zusammenwirken, es wurden Verhandlungen über die Gründung einer gemeinsamen Partei gepflegt, zwischen

den Spitzen der Koalition (den Führern der sog. Konzentrationsparteien) und den Khuen – Tisza – Richtung kam eine förmliche Synbiose zustande. Infolge der „Verschwörung der Grafen“ geriet die Andrassy-Gruppe für einige Wochen gewissermassen in eine gouvernementale Lage. Andrassy und Kossuth wehrten den neueren Versuch eines „nationalen Widerstandes“ gemeinsam ab. In der letzten Phase der Fusionsverhandlungen (Februar 1910) wollte die Verfassungspartei auf paritätischer Grundlage der neuen Partei Khuens und Tiszas beitreten. Khuen tanzte – nachdem er seine Position bereits gefestigt wusste – zurück: er forderte aus politischen Gründen einen Einzelbeitritt der Mitglieder. Damals ging die teilweise Verschmelzung der Verfassungspartei, der Koalition mit der neuen Partei, beziehungsweise zum Teil eine Abgrenzung von letzterer vor sich.

Es gelang nicht die gesamte alte Liberale Partei wieder zusammenzubringen. Die sich abgrenzende Andrassy-Gruppe brach nach der für Khuen vorteilhaften Auflösung der Verfassungspartei ihre Beziehungen zur neuen Regierung noch nicht ab. Die politischen Differenzen waren die letztere Monate hindurch besser bewusst als jene. Die anonym weiter lebende Verfassungspartei unterstützte die Regierung, obwohl sie sich ihr gegenüber als kritische Richtung verhielt. Die Volkspartei grenzte sich von der Politik Khuens etwas früher ab als die Andrassy-Gruppe, verblieb jedoch ebenfalls innerhalb der Regierungsrichtung (als siebenundsechziger Opposition). Zur Konstituierung der Arbeitspartei kam es unter zunehmenden Sympathiekundgebungen von seiten der Mehrheitsrichtung der herrschenden Klassen. Der Partei Tiszas und Khuens traten ausser den Mitgliedern der Verfassungspartei und der Volkspartei auch Persönlichkeiten aus der Unabhängigkeitspartei bei. Die teilweise Verschmelzung der Koalitionisten mit der Tisza-Partei war einer der entscheidenden Gründe des endgültigen Zerfalls der Koalition. Die Arbeitspartei war stärker, einheitlicher und zielstrebigere als die liberale Partei vom Beginn des Jahrhunderts. Die neue Formation verfolgte eine „geimpftere“, loyalere Politik. Das Programm der Arbeitspartei erwähnte die Wahlrechtsreform schon in den Hintergrund gedrängt. Khuen bezeichnete im Februar 1910 gelegentlich vertraulicher Aussprachen die Reform für nicht aktuell. Die Kossuth-Partei wurde nach dem Zustandekommen der Arbeitspartei umsichtiger und kritischer der Regierung gegenüber, behinderte aber auch weiter einen umfassenderen Widerstand. Die Justh-Partei unterschied sich vor allem darin von der anderen Unabhängigkeitspartei, dass sie zu einem „verfassungsmässigen Widerstand“ aufrief. An sie knüpfte sich der Versuch einer Organisierung interparteilicher Ausschüsse zum Schutz der Verfassung. Diese koalitionsartigen Stellungnahmen zeugen – im Gegensatz zur häufigen Einstellung der Geschichtsliteratur – von einer gewissen Tätigkeit der Überreste des alten Parteibündnisses, obwohl damals die Bestrebungen der Justh-Partei zur umfassenderen Wiederbelebung der Realkoalition schon und noch zu einem Fiasko verurteilt waren. Die innere Wirrnis der Justh-Partei mässigte sich nach dem Zustandekommen der Arbeitspartei. Namentlich Justh fand sich zurecht: in seiner „Antwort“ auf die Programmumformung der Arbeitspartei kam die Stärke der Politik des Parteiführens, seine de-

mokratische Berührtheit zum Ausdruck. Die Massenaktionen der Justh-Partei bewegten sich in einem verhältnismässig engen Kreis, die Richtung des Parteiführers konnte die sich im Verhältnis zu ihr kräftigenden Positionen der Kossuth-Partei nicht erschüttern.

Die SDP nahm die neue, auf die Meinung des Hofes abgestimmte Wendung weniger leichtgläubig auf als die Fejérvárys im Jahre 1905; in ihrer Stellungnahme kam den Königsillusionen ein kleinerer Raum zu. In der Beurteilung der Politik Tizsas traf sie den Nagel immer am Kopf, den Winkelzügen Khuens sass sie jedoch einige Zeit lang auf, daher geriet die seit zehn Jahren entwickelte sozialistische Meinung über die politische Persönlichkeit Khuens für anderthalb Monate fast in Vergessenheit. Es ist ein Mangel der sozialistischen Analysen, dass sie die persönlichen Beziehungen zwischen der Koalition und der Arbeitspartei nicht erschlossen haben. Das Blatt „Népszava“ warb für Kristóffy, der es mit der Regierung hielt. Die Führer der SDP konnten nur während langer Wochen und Monate jene Erkenntnis aus sich herauschinden, dass man auch zur Zeit der Arbeitspartei alles dort fortsetzt, wo die Koalition aufgehört hat. Das protestierende Auftreten der sozialistischen Linken, die Meinung Alpáris, Strassers und anderer halfen einer Abschliessung eines neueren Paktes mit der Regierung oder der diesbezüglichen Verhandlungsserie im Jahre 1910 rascher den Weg zu versperren als zur Zeit der früheren Paktversuchung. Die Parteiführung betrachtete die Wiederaufnahme des Verfahrens der Justh-Partei pessimistisch und nicht selten mit einem übertriebenen Misstrauen, befasste sich aber schon ernst mit der Frage, die Justh-Partei mit Hilfe ihrer Massenbewegung „auf die Füße zu helfen“. Das Blatt „Népszava“ erzwang im Februar von der Unabhängigkeits-Mutterpartei eine Erklärung bezüglich des Wahlrechts — ein Dokument allerdings allgemeinen Gehalts.

Die Landwirtepartei folgte in den Fragen der Landespolitik beim Erscheinen Khuens der Sozialdemokratischen Partei. Achim bot seine Bewegung, nachdem er sich kurze Zeit eine Vereinigung mit der Bauernpartei überlegt hatte, als Missgriff, der Partei Khuens an. Sándor Pető und die Demokratische Partei beschritten den gleichen Weg. Oszkár Jászi und Samu Fényes verbrannten sich zu Beginn der Arbeitspartei-Periode noch mehr die Finger als die Sozialdemokraten, die Bauernpartei, ja selbst Achim: sie glaubten sogar Ende Februar noch an die Reformen Khuens. Aus den Briefen Jászis geht hervor, dass die Reformschwindelei Khuens entgegen dem Willen des Ministerpräsidenten „zur grossen Volksbewegung des Landes“, zu einer demokratischen Belebung führte. Der verhältnismässig rasche Rückzug Khuens auf dem Gebiete der Reformversprechung kann nicht zuletzt mit der aufschlagenden demokratischen Welle erklärt werden. Die sich um die Gesellschaftswissenschaftliche, Gesellschaft entfaltende Bewegung eignete Jászi irrtümlich nichtpolitischen Faktoren zu. Der Standpunkt Adys stand im Februar 1910 näher zu den ernüchternden Sozialisten (beziehungsweise zur Justh-Partei) als zu dem Jászis.

Wenn die Verflechtung der Koalition und der Khuenschen Richtung auf breitester Front mit den ersten zwei Dritteln des Monats Januar 1910

angenommen werden kann, ging die gewisse Verknüpfung der Nationalitätenparteien mit der Regierung wahrscheinlich nachher vor sich. Die Presse der Hauptrichtungen der Nationalitäten empfing den neuen Ministerpräsidenten — im Gegensatz zu den diesbezüglichen Hinweisen der älteren Fachliteratur — mit einer entschiedenen Bezeugung ihres Misstrauens. Khuen änderte mit seinen Verhandlungen Ende Januar die Lage: für die Wahlen versprach er den Politikern der Nationalitäten Wahlbezirke. Für Wochen sicherte er sich das Wohlwollen, die Parlamentsneutralität und die Diskretion des Nationalitätenklubs (und der kroatischen Koalition). Die Vorstellung Khuens im Parlament löste in den Kreisen der Nationalitäten schon ein günstigeres Echo aus als seine Designierung. Gegen die Kooperationsbestrebungen zeigte sich namentlich in der Rumänischen Nationalpartei ein starker Widerstand. Goga und andere näherten sich dem Kreise Franz Ferdinands und forderten eine enthaltzamere Politik. (Falsch ist jene Auffassung, die auch die Behandlungsweise der Werke der rumänischen Geschichtsschreibung zusammenfassenden Charakters zu inspirieren scheinen, wonach Goga schon damals im Zeichen einer der Monarchie den Rücken kehrenden, das heisst in einer ausgereiften grossrumänischen Konzeption politisiert hätte.) In der Nationalitätenpolitik der Regierung Khuen ist zur Zeit des Wechsels die Änderung der Taktik auffallend, nach den Wahlen vom Juni 1910 hingegen die grundlegende Kontinuität im Verhältnis zu jener der Koalition. Bis zu einem zu Ende geführten Pakt kam es nur in Kroatien.

Die führenden Persönlichkeiten der „Rumpfkoalition“ unterstützen die Reformeinfrierungspolitik der Regierungspartei, ja sogar sie selbst liessen eine „reform einschränkende“, im wesentlichen eine reformgegnerische Bewegung mit Hilfe des Ungarischen Landesagrikulturvereins (OMGE) entfalten (Tisza unterstützte die reformgegnerische Bewegung, deren Lenkung wird jedoch in der Fachliteratur irrtümlich ihm zugeschrieben). Mihály Károlyi vermochte sich — wie dies auch sein Verhalten im Magnatenhaus zeigt — nicht von den Darányi folgenden Politikern der Andrassy-Gruppe und von Ferenc Kossuth abzuwenden. Der öffentliche Dialog zwischen Justh und den Sozialisten, die Geburtswehen der Reformopposition begannen eigentlich dann, als die Regierung, nach dem Zustandekommen der Arbeitspartei, zum Angriff überging. Die Auflösung des Parlaments Ende März wurde zu einem wichtigen Meilenstein in der Entwicklung Jusths: in seinen Reden schlug er einen ungewohnten Ton an, er wandte sich gegen den „Grossgrundbesitz“. Die Spitze seiner Kritik war gegen Andrassy, Darányi, Károlyi und Tisza gerichtet. Er leitete einen ernsteren Bruch mit den Spitzen der Koalition ein, ohne ihn aber zu Ende zu führen (Ermangelung eines demokratischen Agrarprogramms usw.) Auch mit seiner Partei konnte er seine Ansichten in entsprechendem Ausmass nicht anerkennen lassen. Der Koordinierungsausschuss zwischen den beiden Unabhängigkeitsparteien, die Kooperationsbesprechungen, die Wahlbezirkspakte zeugen auch von einer Bewahrung der Überreste der alten Parteilichkeit. Die Regierung errichtete den alten Bräuchen entsprechend eine Wahlkasse, um die für sie vorteilhafte allgemeine Stimmung der herrschenden

Klassen möglichst fest an ihre Seite zu stellen. Auch die Koalition setzte ihre materiellen Mittel ein. Die Regierung finanzierte auch die Andrassy-Gruppe und die Kossuth-Partei. Ein unbequemer Mann der regierungsparteilichen Richtung war hinsichtlich der Wahlen Kristóffy, der sich im April 1910 mit Khuen wegen seiner ultrasiebenundsechziger Angriffe zerworfen hatte. Der andere — Tisza selbst. Der Hof festigte die Position Khuens im Frühjahr 1910 noch mehr, wobei Tisza gewissermassen in den Hintergrund gedrängt wurde.

In der SDP ging die radikalere Anschauungswendung gegenüber der Regierung Khuen im April 1910 vor sich (nicht unabhängig von dem Konflikt zwischen Khuen und Kristóffy). Von diesem Zeitpunkt an mässigte sich die sozialistische Presse Justh gegenüber. Das Wahlmanifest der Partei gestattete den Parteimitgliedern den engeren Kreis Jusths zu unterstützen. Noch vor den Wahlen erschloss sich die Möglichkeit für gemeinsame Volksversammlungen der SDP und der Unabhängigkeits-Mutterpartei, wovon die Justh-Partei einen grösseren Nutzen zog. Die berichtigte Stellungnahme der SDP hatte in der Politik Ungarns eine grosse Bedeutung. Achim folgte im Mai auf diesem Gebiet den Sozialisten, während in der Bauernpartei innere Gegensätze entstanden. Ein Strahl der Anerkennung Jusths blitzte auch in der Bauernpartei auf. Auch die Neuorientierung für Bürgerlich-Radikalen knüpfte sich an das Frühjahr 1910. Jászi, der im März noch mit Hilfe Khuens zu einem Mandat gelangen wollte, nahm Ende April an der Tätigkeit des Wahlrechtsbundes teil (der sich umgestaltende Wahlrechtsbund war politisch keine Organisation ohne Angesicht: er war vom Einfluss der Justh-Partei gekennzeichnet.). Die Politiker der Nationalitäten, die sich der Regierung Khuen angeschlossen hatten, vermochten in ihrer Frucht von den 48er-Parteien ihre Hoffnungen von Ende Januar nur langsamer ablegen, doch auch bei ihnen vollzog sich die Wendung vom April-Mai. Die seitens Hodžas im April angeratene paktartige Vereinbarung hielt die Regierung nicht ein. Die Andrassy-Gruppe und die Volkspartei versicherten in ihren Wahlerklärungen trotz ihrer Einwendungen die Regierung ihrer Unterstützung. Mihály Károlyi trat als „Parteiloser“ mit dem Programm der Kossuth-Partei auf. Er argumentierte gegen ein allgemeines Wahlrecht und für eine teilweise Wahlreform. Jene Meinung der Fachliteratur, wonach Mihály Károlyi vom „rein“ nationalen Gesichtspunkt aus gegen das allgemeine Wahlrecht war, ist irrig, sein Konservativismus umfassenderen Charakters erstreckte sich sogar auf die Agrarfrage. Im Wahldokument der Justh-Partei erschien die (nicht näher umschriebene) Forderung einer Abschaffung der Fideikomisse, die ehemals in der bürgerlichen Unabhängigkeitsbewegung die Linkspartei verkündet hatte. Auch der Ton einer Art Bauernbewegung sowie die Darstellung der Justh-Partei und der Sozialdemokratischen Partei als verwandte Kräfte tauchen in den örtlichen Erklärungen der Mutterpartei auf, gleichsam als die Meinung einer engeren Gruppe. Es entwickelte sich der mehr qualitative innere Gegensatz der einstigen Koalitionskräfte: die Angelegenheit des sozialistischen Bundes brachte die Sprünge zwischen den beiden Unabhängigkeitsparteien und dem anderen Teil der Koalition fast zum Bersten. Der Zer-

setzungsprozess der Koalition war vollendet. Deshalb wurde die Justh-Partei bald wieder zur Minorität in der bürgerlichen Unabhängigkeitsbewegung. Die Arbeitspartei liess sich mit einer etwas zurückhaltenden Reformpropaganda und einer zugespitzten staatsrechtlichen Propaganda in die Wahlen ein. Im Kreise der ungarischen herrschenden Klassen wurde die Arbeitspartei schon vor den Wahlen zur Majoritätsrichtung.

Bei den Wahlen errang die Arbeitspartei in erster Linie nicht durch Bestechung und Gewaltanwendung, sondern aus politischen Gründen den Sieg: ihre konservativer gefärbte staatsrechtliche und volkswirtschaftliche Politik fand bei der Mehrheit günstigere Aufnahme. Die Justh-Partei blieb hinsichtlich der Anzahl ihrer Wähler hinter der Kossuth-Partei zurück. Die achtundvierziger „Parteilos“ liessen die Waage noch mehr zu Gunsten des Parteiflügels Kossuths ausschlagen. Der Siegestaumel der Arbeitspartei brachte die Koalition – in ihrer alten Form – endgültig in das Museum der ungarischen politischen Geschichte. Neben dem allgemeinen Fiasko der Nationalitätenparteien erlitten noch die Slowaken die relativ geringste Niederlage. Der Gewinn der drei slowakischen Mandate war vor allem eine Folge des etwas kämpferischen Verhaltens der Slowakischen Volkspartei gegenüber Khuen. Den der Regierung vertrauenden Hodža und mehrere seiner Gefährten brachte das Regime zum Sturz. Die Richtung Hodžas entfernte sich im weiteren allmählich von Khuen. Die kroatischen Wahlen verschob die Regierung auf den Herbst; dem Warten hielt sie mit dem Wahlrechtsgesetz vom Mai das Gleichgewicht. Die Wahlniederlage vom Jahre 1910 brachte die Nationalitätsparteien mit der Zeit zu der Überzeugung, dass auch die Arbeitspartei keine andere Politik den Nationalitäten gegenüber verfolgt wie die Koalition. Die von seiten der Justh-Partei im Frühjahr und Sommer 1910 zu den Nationalitäten ausgebauten Beziehungen beschränkten sich bloss auf einige, in ihrer eigenen Richtung in Minorität befindliche Persönlichkeiten. Die Initiative ging weniger von der Justh-Partei als von den Politikern der Nationalitäten, den Sozialisten aus. Ohne die schwere Wahlniederlage im Jahre 1910 hätte sich die Politik der Justh-Gruppe nicht so gestaltet wie sie sich entwickelt hat. Tisza erlebte im Juni 1910 zum dritten Mal einen stürmischen politischen Erfolg.

Wie es Tarczai ausgedrückt hat, „wälzte sich diesmal die Koalition“ vor ihm. Die Andrassy-Gruppe kam erst Ende Juni zum Bewusstsein dessen dass sie mit der schmeichlerischen Popularisierung Tiszas sich selbst den Ast absägt, auf dem sie sass. Die Volkspartei nahm unter Betonung ihrer Enttäuschung Abschied von Khuens Unterstützung. Die Verbeugung vor der Arbeitspartei schlug auch auf die Justh-Partei über. (Lóránd Fráter gerichtetem Brief die „menschenfressenden Achtundvierziger“ seiner Partei an.) Nach Juni begann die öffentliche Meinung die Kossuth-Partei als die Unabhängigkeits-Mutterpartei anzusehen, die mit einer günstigeren Proportion in das Parlament einzog. Der Zerfall der Koalition erreichte im Sommer 1910 seine volle Reife. Die Wahlen führten nicht allein zu einer Konsolidierung, sie schufen auch neue Spannungen. Die Arbeitspartei ging hiernach weniger vorsichtig vor. Auf die Thronrede, welche die Wahlrechts-

reform bloss als eine minder bedeutende Angelegenheit erwähnt hat, antwortete die Justh-Partei mit einem Adressentwurf, der einen ziemlich blutarmen sozialen Inhalt hatte. Vom Juli 1910 an wandte sich die Presse der Grundrichtungen der Nationalitätenparteien Ungarns lange Monate hindurch gegen die Regierung. Die allmähliche Annäherung Hodžas an Justh erneuerte eine dauernde Tendenz in der slowakischen Bewegung. Die kroatischen Politiker, die von Khuen allein bedeutendere Zugeständnisse erzwingen konnten, hegten noch Hoffnungen und warteten zu.

Innerhalb der SDP entfaltete sich die Opposition nach der Thronrede im August 1910 mit voller Kraft. Einige der Oppositionellen förderten mit ihren, der Arbeitspartei gewährten Zugeständnissen, und die gesamte Opposition mit ihren Übertreibungen ihre Isolierung. Ihr Auftreten war auch im übrigen verspätet: im Sommer 1910 stellte sich die Parteiführung Khuen gegenüber auf einen gegnerischen Standpunkt. Die SDP trieb die verschiedenen Gruppen der bürgerlichen Opposition mit ihrer, über die Parlamentspolitik gebotenen reiferen Bewertung, mit ihrer Analyse der politischen Grundursachen der Wahlniederlage nach wie vor in Richtung des Bündnisses (ohne die Bedingungen des Bündnisses zu bereinigen). Die Bauernschaft und das Bürgertum verteilten sich auch weiterhin zwischen den beiden Unabhängigkeitsparteien, aber in der zweiten Hälfte 1910 setzte die Justh-Partei ihre Politik für kurze Zeit als eine von oben herab behandelte Minderheit fort. Die relative Tatenlosigkeit dauerte bis zum Herbst 1910. Den inneren Gegensätzen der Justh-Partei, ihrer Schichtung und vor allem ihrer politischen Doppelzüngigkeit muss schon in dieser Phase eine grössere Bedeutung zugemessen werden. Das prinzipielle Niveau der Politik Jusths fiel in der zweiten Jahreshälfte nicht zurück: bloss in der Aktivität der Partei ist ein vorübergehender Rückschlag zu verzeichnen, dem noch im Jahre 1910 auch niveaumässig ein Fortschritt folgte. Zum Jahresende gestaltete sich die Politik der Partei dynamischer.

Der Monat Dezember 1910 stellte in der politischen Geschichte einen wichtigen Wendepunkt dar (Endre Ady: „explodierendes Land“). Zu dieser Zeit begann sich allmählich der ausserhalb der Arbeitspartei gebliebene Generalstab der Agrarier der Justh-Partei anzuschmiegen, wobei er unter den schützenden Flügeln Andrássys und Ferenc Kossuths verblieb. Die oppositionelle wirtschaftspolitische Aktion des Ungarischen Landesagrikulturvereins (OMGE) zeichnete sich in einem engeren Kreis als in den Jahren 1904–1905. ab. Die Mehrheit der in der Arbeitspartei zusammengeschlossenen Agrier und die Industriekapitalisten wurden durch den neueren Zusammenstoss nicht ernstlich erschüttert. Andrassy kehrte mit seiner feierlichen Erklärung vom 15. Dezember 1910, wo er sich über Justh als Mensch günstig äusserte nicht so sehr zur Politik, sondern vielmehr in die Oppositionspolitik, an deren Spitze zurück. Károlyi unterstützte mit seiner im Ungarischen Landesagrikulturverein (OMGE) ausgeübten politischen Tätigkeit die Manöver des rechten Flügels der einstigen Koalitionspolitiker. Im Dezember 1910 (nicht im Herbst 1912) begann sich Károlyi langsam zu radikalisieren. Die Hauptursache der Annäherung der Andrassy – Károlyi – Kossuth'schen Richtung war nicht seine „Isolation“, sondern

sein Zusammenstoß mit der Regierung. Die Vereinigung der Unabhängigkeitsparteien begann der rechte Flügel in der Hoffnung zu betreiben, dass er das im November 1909 abgefallene politische Ensemble wieder unter seine Führung bringen kann. Die „Rückkehr“ Andrássys kreuzte demnach auch den Weg der Justh-Partei. Das Jahresende 1910 bildet auch in der Geschichte der Nationalitätenparteien eine Grenzlinie: es beschleunigte sich ihre Lostrennung von der Regierung und die rumänischen Verhandlungen Tiszas wurden unterbrochen. Die kroatischen Wahlen steigerten noch die Schwierigkeiten der Regierung, obwohl die ungarische Opposition die Vorteile einer Unterstützung der Kroaten, einer eventuellen Kooperation mit ihnen nicht erkannt hat. Seit Ende 1910 wurde es zur Praxis, dass die Justh-Partei und die Sozialdemokratische Partei in Volksversammlungen, einem sich stets ausweitenden Kreis gemeinsam auftraten. Aber die Justh-Partei forderte die politische führende Rolle für sich. Die SDP erkannte die Gefahr dieses Anspruchs nicht gut genug. Die Kooperation der beiden Parteien kam aufgrund des Wunsches beider Parteien, der – wenn auch nicht proportionellen, aber immerhin beiderseitigen – Annäherung und Initiative zustande. Mit dem bis zum Jahre 1911 endgültig besiegelten Bündnis näherten sich die Sozialdemokraten auch Andrassy, Ferenc Kossuth und Károlyi.

Die SDP verband ihre Politik – ohne die Lage entsprechend geklärt zu haben – an eine bürgerliche Partei, die das Wahlrecht nicht ganz demokratisch auslegte und diese Tatsache verschleierte, sodann an deren verbündete Parteien. Die vorübergehende Verschiebung der Justh-Partei nach links kräftigte ihren Einfluss unter den Nationalitäten. Die Politiker der Nationalitäten fassten es für ein Unterpfand ernster Absichten der Justh-Partei auf, dass sie mit den Sozialisten ein Bündnis schloss. Die Verbündeten der Nationalitäten lieferte zum Grossteil die SDP an Justh. Justh beanspruchte auch den Nationalitätenparteien gegenüber für seine Partei die führende Rolle, womit er ungleiche und politisch undurchführbare Bedingungen stellte. Die in ihren Einzelheiten ungeklärte Wahlrechtspolitik der Justh-Partei stand im engen Zusammenhang mit den Misserfolgen der seiner Nationalitätenpolitik der folgenden Periode.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1911 begannen sich die Verbündeten der Nationalitäten von der Justh-Partei abzuwenden. Im Sommer 1911 entfaltete sich immerhin noch erfolgreich die Zusammenarbeit zwischen den Sozialisten, der Justh-Partei und den Nationalitäten. Die Kossuth-Partei und die sich zu einer Partei organisierende Károlyi-Richtung schlossen im Sommer 1911 ein Bündnis mit der Justh-Partei und schalteten sich damit in die Zusammenarbeit mit den Sozialisten ein. Hierbei war jedoch ihr Ziel die Justh-Partei konservativ zu beeinflussen. Den beiden anderen Unabhängigkeitsparteien gelang es tatsächlich zu erreichen, dass das Dreiparteienbündnis in Anpassung an die Politik des Ferenc Kossuth'schen rechten Flügels zustandekomme. Die Kossuth- und Károlyi-Partei stimmten ihren konservativeren Wahlrechtsstandpunkt gegenüber der Justh-Partei ab. Der politische Anlauf Jusths, seine kräftigere Entwicklung erfolgte zwischen dem März 1910 und August 1911, worauf seine Richtung

auf einen toten Punkt gelangte, neuere ideelle Errungenschaften vermochte er sich nicht zu erkämpfen. Um die Jahreswende 1911 – 1912 stand die Justh-Partei bereits unter dem Einfluss des sog. Ausschusses für die Organisation von Debatten, und liess es zu, dass das Problem des radikalen Wahlrechts dem Bereich der mit der Regierung gefahrten Verhandlungen entgleite. Anfang 1912 begann auch Mocsáry an dem Wahlrechtsradikalismus der Justh-Partei zu zweifeln. Der Kern der Justh-Partei wünschte demgegenüber eine relativ umfassende Reform, und verkündete dies als ein allgemeines Wahlrecht, im gemeinsamen Programm der Unabhängigkeitsparteien liess er jedoch Raum für die begrenztesten Vorstellungen und erachtete den Nationalitäten gegenüber eine Revision der Hausordnung für wünschenswert. Der Ausgangspunkt der Wahlrechtspläne der Kossuth-Partei war der Pluralstimmrechtsentwurf Andrássys.

Am 30. Mai 1912 zwangen die Kossuth- und Károlyi-Partei ihren Zensus-Wahlrechtsentwurf als gemeinsames Programm der Justh-Partei auf, und brachten dadurch den „Wahlrechtsblock“ zustande. Der Pakt vom 30. Mai 1912 war eine besonders beredte Offenbarung der Subordinierung der Justh-Partei. Die verfehlte Wahlrechtspolitik der Justh-Partei erwies sich für dauerhaft. Damit war entschieden, dass von dem im Vorjahr zustandegekommenen Bündnisbeziehungen eher die rechts orientierten Beziehungen der Justh-Partei zum entscheidenden Faktor ihrer Politik wurden. Die SDP setzte dem Fehler dadurch die Krone auf, dass sie den Pakt vom 30. Mai mit Freude begrüßte. Die selbständige, radikale Richtung der im Frühjahr 1911 zwischen der Justh-Partei und der SDP zustandegekommenen Vereinbarung begann somit allmählich zu verschwinden. Mihály Károlyi demokratisierte sich seit dem Frühjahr 1912 mit raschen Schritten, erachtete jedoch nach wie vor eine Mässigung der Justh'schen Richtung für seine Hauptaufgabe. Seine Abdankung als Vorsitzender des Ungarischen Landesagrikulturvereins (OMGE) erfolgte auf die Pression der Regierung Tisza; die Abdankung war nicht gleichbedeutend damit, dass er den Agrariern den Rücken gekehrt hätte. Die SDP fiel von einem Extrem in das andere, indem sie Károlyi von einem Wauwau in einen Ritter ohne Tadel verwandelte. Die radikaleren Elemente des bürgerlichen Oppositionslagers entfernten sich seit Mitte 1912 gesetzmässig von der Justh-Partei. György Nagy, der einstige Kern ihrer Linkspartei floh damals aus der Justh-Partei und gründete die Republikanische Landespartei.

Ady traf im Jahre 1911 vom revolutionären Standpunkt aus die Wahl zwischen den Schritten der verschiedenen Richtungen der Justh-Partei. Zur Achillesferse seiner Politik wurde gerade sein Verhältnis zur Parlamentsopposition; sogar er selbst nannte Andrassy seinem Lieblingspolitiker- (Mitte 1911 gab es ausser einem Teil der sozialistischen Opposition keinen radikalen, demokratischen Politiker, der in irgendeinem Ausmass nicht hinter die Justh-Partei geraten wäre.). Endre Ady begannen die Ereignisse des Jahres 1912 von den mit der Justh-Partei verbundenen Illusionen zu ernüchtern und wiesen ihn wieder enger an die Arbeiterbewegung (die Parteiführung kam den Erwartungen Adys und anderer im entsprechenden Ausmass nicht nach, und so kehrte der politische Weg jener, die sich von

der Justh-Partei entfernt hatten, wieder zu ihr zurück). Dass Károlyi zur Schlüsselfigur wurde war dadurch gefördert, dass seine Richtung dem Zentrum der Unabhängigkeitspartei entsprach. Er repräsentierte die Grundbesitzer, die sich verspätet, saumselig in die Verschiebung nach links eingeschaltet haben. Infolge der unselbständigen Politik war das Schicksal der Justh-Partei besiegelt. Der stärkere rechte Flügel gewann mit Hilfe des Károlyi'schen Zentrums die Oberhand. In persönlicher Beziehung gab sie Zugeständnisse, doch die im Jahre 1913 erfolgte Vereinigung der Unabhängigkeitsparteien kam nicht mit der ungebrochenen Weiterführung des ursprünglichen Programms der Justh-Partei zustande. Aus dem Programm der vereinigten Partei fehlten jeder Antiagrarisismus und die Verneinung des Grossgrundbesitzes, diese aber waren charakteristische Merkmale der Glanzzeit Jusths. Das Programm versprach ein Wahlrecht, das selbst der Breite der ursprünglich Vorstellungen der Justh-Partei nicht entsprach: es forderte die Reform aufgrund der Vereinbarung der Unabhängigkeitsparteien (das heisst des Paktes vom 30. Mai 1912). Mihály Károlyi kündigte als geschäftsführender Vorsitzender nicht das Bündnis der Sozialdemokratischen Partei, zog jedoch nach der Vereinigung die SDP noch enger an die Unabhängigkeitsbewegung. Die Beziehung zwischen Ferenc Kossuth und Károlyi gestaltete sich namentlich nach der Gründung der einheitlichen Unabhängigkeitspartei unbehaglich. Die der Richtlinie des rechten Flügels angepasste Vereinigung schwächte die Aktivität der Bewegung. Mit der im September 1913 neugegründeten Verfassungspartei erwachte die Koalition nur sehr partikular zu neuem Leben. Die Lage der Arbeitspartei konsolidierte sich relativ in den Jahre 1913–1914. Den einer unveränderten Aufrechterhaltung des Dualismus getreuen Kräften gelang es ihre Reihen zu ordnen.

Zwischen den Jahren 1910 und 1913 begannen sich zwischen den verschiedenen oppositionellen Strömungen zwei Beziehungssysteme vom Charakter eines Bündnisses auszugestalten. Der Zusammenschluss demokratischen Charakters der Justh-Partei und der SDP, beziehungsweise die Kooperation der sich auf der anderen Seite der Opposition placierenden Gruppen und der Justh-Partei. Bevor noch die beiden Bündnisse sich festigen konnten, verwischten sich ihre Grenzen, gleichsam wie zwei sich einander teilweise deckende Kreise. Von der Verfassungspartei bis zur Sozialdemokratischen Partei reichend entwickelte sich bis 1912 ein einziges zusammenhängendes Parteibündnis, jedoch mit zwei Schwerpunkten. Das Schicksal dieses mehrparteiischen Knäuels hing davon ab, ob die Richtlinie ihres konservativen, oder ihres demokratischen Schwerpunktes die Oberhand gewinnt. Die Frage wurde innerhalb kurzer Zeit in der erwähnten Weise entschieden. Die Sozialdemokraten hatten keine genügende Kraft dazu, sich von der Umarmung der rechts orientierten Parteien völlig loszureissen. Bis zum Jahre 1918 verblieben die Parlamentsopposition sowie die kleinbürgerliche Demokratie und die Arbeiterbewegung in dieser losen Verflechtung. Der gegenüber dem früheren engere rechte Flügel und weitaus grössere (auch die Bürgerlich-Radikalen und die Sozialisten umfassende) linke Flügel des neuen oppositionellen Parteibündnisses, die noch im bedeu-

tenden Ausmass erhalten gebliebenen Massenbeziehungen der vereinigten Unabhängigkeitspartei Károlyis ermöglichten es und gestalteten es für wahrscheinlich, dass ein Teil dieses neuen Bündnisses — nach seiner Umgestaltung — der demokratischen Umformung teilhaftig werde. Die dahin führenden Wege waren jedoch in den Jahren 1913 — 1914 noch verrammelt und winkelig.

Nachwort über die Quellen und Meinungen

Die Anmerkungen, welche die Quellen erörtern, betonen, dass die Protokolle des Ministerrates mit anderen Quellen vertraulichen Charakters systematisch verglichen werden müssen. Dieses Kapitel versucht das Schicksal des Tagebuches Andrássys zusammenzufassen und weist auf jene Bestände hin, die hinsichtlich einer weiteren Forschung Beachtung verdienen. Es stellt den ausserordentlichen Quellenwert der stenographierten Aufzeichnungen der Polizei fest, die über die Volksversammlungen angefertigt wurden. Es lenkt die Aufmerksamkeit auf die bisher grösstenteils vernachlässigten, in Druck erschienenen Quellen (Jahresberichte der Regierung, Berichte der Gewerbeinspektoren, Jahrbücher über die Streikstatistik usw.). Aufgrund archivalischer Quellen gibt es die Anzahl der täglich per Post beförderten Tageszeitungen an (demnach war das Boulevardblatt mit der grössten Exemplarzahl die Kis Újság, die politische Tageszeitung mit der grössten Exemplarzahl die A Nap. Das Blatt Pesti Hírlap zählte zur Zeit der Koalition zu den kleineren, nachberichtenden Boulevardblättern der Regierungspartei. Aus der Erörterung der einzelnen politischen Blätter geht hervor, dass die Zeitung Budapest nicht ausgesprochen das Blatt Ferenc Kossuths war. Ein Mangel der über die Zeit des Dualismus angefertigten Pressestudien ist, dass sie sich zu sehr auf die Wendungen und Anschauungen der zeitgenössischen Zeitungen verlassen. Das Kapitel wirft die Frage der in Verlust geratenen Memoiren (Géza Polónyi, László Lukács, Lajos Mohácsy usw.) und das Problem der noch nicht publizierten, vorliegenden Memoiren auf. Unter den Memoirbesprechungen wird über das Memoir Apponyis festgestellt, dass der Verfasser (Apponyi) gerade jene Periode nicht eingehend behandelt hat, da er Minister war. Im Zusammenhang mit Elek Benedek, der bei der Veröffentlichung der Schriften Apponyis behilflich war, wurden zahlreiche weitere Idealisierungsversuche festgestellt. Der zweite Teil des Kapitels befasst sich mit der Historiographie des Themas, wie hierauf die Einleitung unserer Thesen verweisen. Er vertritt die Ansicht, dass sämtliche Versuche der Geschichtsschreibung verfehlt sind, welche die Koalitionsregierung zu rehabilitieren trachten.